

Celler Trialog

Analyse einer jährlichen Tagung des militärisch-industriellen Komplexes

Eine Recherche im Auftrag der Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen e.V.

Celle, 15.12.2009

Celler Trialog

Der „Celler Trialog“ ist eine seit dem Jahr 2007 jährlich in Celle (Niedersachsen) stattfindende Konferenz mit Vertretern von Politik, Militär und Wirtschaft. Sie firmiert offiziell als „Diskussionsforum für Außen- und Sicherheitspolitik“. Die Veranstaltung wurde vom Aufsichtsratsvorsitzenden der Commerzbank, Klaus-Peter Müller, und vom Bundesministerium für Verteidigung, vertreten durch die 1. Panzerdivision mit dem Kommandostab Hannover, als Ausrichter, ins Leben gerufen. Die Tagung ist nicht öffentlich, sondern nur für angemeldete Teilnehmer wie auch Journalist_innen zugänglich.

Tagungen des militärisch-industriellen Komplexes in Deutschland

Der Celler Trialog ist eines von mehreren nationalen Foren des militärisch-industriellen Komplexes in Deutschland. Seit Jahren führt die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. als Zentrum der Rüstungslobby Symposien und Tagungen durch. Die Tagungen werden vor allem in Berlin, Bonn, Brüssel und Koblenz durchgeführt.¹ In Berlin veranstalten das Bundesministerium der Verteidigung seit dem Jahr 2003 zunächst mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, später mit der Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ eine Konferenz mit dem Titel „Impulse 21 - Forum Sicherheitspolitik“.² Bereits zum sechsten Mal führte das „Handelsblatt“ im Jahr 2009 die Berliner Konferenz „Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie“ durch.³ Eine lange Tradition hat der „Sicherheitspolitische Kongress“, veranstaltet durch das Forum Deutsche Politik und die Karl-Theodor-Molinari-Stiftung; er fand 2009 zum 16. Mal in Minden (Niedersachsen) statt.⁴ Im Mai 2009 wurde erstmals das „Heidelberger Sicherheitsforum“ durchgeführt. Ziel des Veranstalters, des „Instituts für Management GmbH“, war es laut Einladung, „eine anspruchsvolle Plattform für Regierungs- und Militärvertreter sowie die Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer der Verteidigungsindustrie anzubieten.“⁵ Letzteres mag mit leicht unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen für alle Treffen dieser Art gelten.

Die Veranstalter des Celler Trialog

Der Celler Trialog hebt sich insbesondere auf der Ebene der Veranstalter von den anderen Tagungen ab. Mit der Commerzbank AG, der Bundeswehr und dem niedersächsischen Ministerpräsidenten als Schirmherren sind auch offiziell Wirtschaft, Bundeswehr und Politik beteiligt. Die dem Celler Trialog beigemessene Bedeutung drückt sich dann auch in den Teilnehmern aus: Ministerpräsident, Minister, Parlamentarischer Staatssekretär; darunter ging es bisher nicht. Von militärischer Seite nahmen ranghöchste Vertreter teil, und Klaus-Peter Müller vertritt „die Wirtschaft“ nicht nur als Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank, sondern er ist auch Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken.

Die Commerzbank AG ist nach der Deutschen Bank AG das zweitgrößte Kreditinstitut Deutschlands. Seit Mai 2009 ist der Bund Großaktionär, da er die Commerzbank über den Bankenrettungsfonds SoFFin mit 18,2 Milliarden Euro Kapital gestützt hat. Vor-

¹ Eine Auflistung der Veranstaltungen im Jahr 2009 findet sich unter „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V., Veranstaltungen 2009 (20.11.1009). URL: http://www.dwt-sgw.de/downloads/Veranstaltungen%202009_091120.pdf (06.12.2009)

² Vgl. unter Impulse 21 – Berliner Forum Sicherheitspolitik (28.11.2008). URL: <http://www.impulse21.net/> (06.12.2009)

³ Vgl. Handelsblatt Veranstaltungen (07.12.2009). URL: <http://www.defence-conference.de> (07.12.2009)

⁴ Vgl. Kongress für Sicherheitspolitik – forum deutsche politik (2009). URL: <http://www.kongress-minden.de> (06.12.2009)

⁵ Vgl. Heidelberger Sicherheitsforum (2009). URL: http://www.forum-institut.de/fileadmin/data/Bereich_7/Sicherheitsforum/Konferenzprospekt/Prospekt_0905720.pdf (06.12.2009)

standsvorsitzender ist Martin Blessing, Vorsitzender des Aufsichtsrats ist seit Mai 2008 der vorherige Vorstandsvorsitzende Klaus-Peter Müller.⁶

Insbesondere der derzeitige Aufsichtsratsvorsitzende Klaus-Peter Müller arbeitet seit einigen Jahren an einer engeren Kooperation von Wirtschaft und Bundeswehr. So veranstaltet die Commerzbank in Zusammenarbeit mit dem Heeresamt die Tagung „Die Wirtschaft an der Seite der Bundeswehr“. Dieses Treffen von Politiker, Spitzenmanager sowie führenden Militärs fand im November 2009 bereits zum sechsten Mal statt. Als Referenten treten hier vor allem Vertreter des Militärs auf.⁷

Es gibt nur wenig zugängliche Informationen über das Geschäftsgebaren der Commerzbank AG im Kontext des militärisch-industriellen Komplexes. Von Seiten der Kritischen AktionärInnen wurde auf der Hauptversammlung 2008 das Geschäft der Commerzbank mit Uranwaffen kritisiert. Aus dem von der internationalen Kampagne für ein Uranwaffenverbot veröffentlichten Bericht „Too Risky for Business. Financial Institutions and Uranium Weapons“⁸ geht hervor, dass die Bank im Rahmen eines internationalen Bankensyndikats Kredite an das Unternehmen Alliant Techsystems vergeben habe. Uranwaffen-Produkte von Alliant Techsystems wurden bereits im Irak und im ehemaligen Jugoslawien angewendet und in zahlreiche Staaten exportiert, darunter die Türkei, Südkorea und Kuwait. Als Reaktion auf diese Kritik sagte der Vorstandsvorsitzende Martin Blessing zu, die Bank arbeite an einer „Waffenrichtlinie, die uns in Zukunft als Leitlinie bei Finanzierungen im Rüstungsbereich dienen wird“. Auf der Hauptversammlung 2009 forderten Vertreter_innen der Kritischen Aktionäre die Veröffentlichung dieser Waffenrichtlinie ein. Dies scheint bisher aber nicht geschehen zu sein.⁹

Die 1. Panzerdivision hat als ein Großverband des Heeres eine Sollstärke von 18.500 Soldaten, womit sie deutlich größer ist als andere Divisionen des Heeres. Der Stab ist in der Kurt-Schumacher-Kaserne in Hannover stationiert. Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit sind der Division neben zwei Panzerbrigaden eine Vielzahl von Verbänden und Einheiten als Divisionstruppen unterstellt. Die Division wird häufig als „Division Eingreifkräfte“ bezeichnet, da sie das Kernelement der Eingreifkräfte des Heeres bildet. Die Truppenteile des Heeres sind in Eingreifkräfte, Stabilisierungskräfte und Unterstützungskräfte kategorisiert. Als Eingreifkräfte werden schnell verfügbare und besonders robuste Kräfte für (multinationale) Kriseninterventionsoperationen hoher Intensität vorgehalten und dazu auch bevorzugt ausgerüstet. Stabilisierungskräfte sind Verbände zur Durchführung so genannter friedenserhaltender (multinationaler) Stabilisierungsoperationen mittlerer Intensität, Unterstützungskräfte sichern den Grundbetrieb des Heeres im Einsatz und in Deutschland. Die 1. Panzerdivision hält daher Kräfte für die internationalen Verpflichtungen der Bundeswehr vor und ist im Bedarfsfall dem 1. Deutsch-Niederländischen Korps oder dem Allied Command Europe Rapid Reaction Corps zugeordnet. Die Standorte der unterstellten Truppenteile verteilen sich

⁶ Schieritz, Mark: Dresdner/Commerzbank / Die wahre deutsche Bank. – In: Die Zeit vom 04.09.2008, 37/2008. URL: <http://www.zeit.de/2008/37/Dresdner> (06.12.2009)

⁷ Heydt, Stefan: Die Wirtschaft an der Seite der Bundeswehr. – In: Deutsches Heer (26.11.2009). URL: http://www.deutschesheer.de/portal/a/ha/aktuel/nachrichten/jahr2009/november2009?yw_contentURL=/C1256F870054206E/W27XWJA6978INFODE/content.jsp (06.12.1009). Referenten waren etwa der Inspekteur des Heeres, der Commander Joint Force Command Brunssum, der Inspekteur des Heeres, der Befehlshaber Heeresführungskommando sowie der Befehlshaber des Einsatzführungskommandos. Hauptredner im Jahr 2009 war der Kommandeur Panzergrenadierbrigade 37 „Frankenberg“, Brigadegeneral Jörg Vollmer. Er war von Januar bis September 2009 als Regional Commander North in Afghanistan eingesetzt.

⁸ Financial Institutions and Uranium Weapons. A briefing paper by ICBUW - Netwerk Vlaanderen - Bank-Track, november 2007. URL: http://www.netwerkvlaanderen.be/en/files/documenten/publications/reports/uranium_dossier_en.pdf (06.12.2009)

⁹ Vgl. Pressemitteilung des Dachverbands der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre Nr. 15/2009 vom 14. Mai 2009: Die „neue“ Commerzbank soll raus aus Steueroasen / Kritische Aktionäre fordern Veröffentlichung der „Waffenrichtlinien“. URL: http://www.kritischeaktionaeere.de/fileadmin/Dokumente/Pressemitteilungen_2009/Pm_Commerzbank_2009-05-14.pdf (06.12.2009)

auf die Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Bayern.¹⁰

Über ihre Aufgaben und Fähigkeiten gibt die 1. Panzerdivision wie folgt Auskunft:

"Die Division nutzt die Möglichkeiten mechanisierter Kräfte zur raumgreifenden und beweglichen Gefechtsführung mit hoher Stoß- und Durchsetzungskraft. Robustheit, die Befähigung sich in kriegerischen Auseinandersetzungen erfolgreich durchsetzen zu können, sowie Handlungs- und Kommunikationsfähigkeit in einem streitkräftegemeinsamen und multinationalen Umfeld sind Kennzeichen der Division der Eingreifkräfte. Die Division ist vor allem für einen Einsatz hoher Intensität gegen einen vorwiegend militärisch organisierten Gegner optimiert. Ausrüstung und Material ermöglichen einen guten Panzerschutz, hohe Feuerkraft und schnelle Beweglichkeit. Darüber hinaus stellt sich die Division auch darauf ein, Stabilisierungskräfte zu verstärken und zu unterstützen. Die Division ist somit zum Einsatz in einem breiten Aufgabenspektrum befähigt."¹¹

Mehr als 7.650 Soldaten der Division waren in Auslandseinsätzen in Kambodscha, in Bosnien Herzegowina, im Kosovo, in Mazedonien, in Afghanistan und in Kuwait eingesetzt.

Seit Dezember 2008 ist Generalmajor Markus Kneip Kommandeur der 1. Panzerdivision. Sein Vorgänger war Generalmajor Wolf-Dieter Langheld; er ist seit 2008 Befehlshaber des Kommandos Operative Führung Eingreifkräfte in Ulm.

Anmerkungen zum Veranstaltungsort

Die Wahl Celles als Veranstaltungsort dürfte verschiedene Gründe haben:

Die Bundestagsabgeordneten aus dem Wahlkreis Celle widmen sich seit Jahren gern der Außen- und Verteidigungspolitik. Der ehemalige Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) hatte hier seinen Wahlkreis. Der aktuelle CDU-Wahlkreisabgeordnete Henning Otte ist Mitglied im Verteidigungsausschuss und dort u.a. Berichterstatter für Heer, Privatisierungsvorhaben, alternative Finanzierungen, Zivilpersonal. Die Niedersächsische Landesregierung hat mit dem Celler Schloss einen Ort für den repräsentativen Teil an der Veranstaltung.

In Bergen-Hohne (Landkreis Celle) liegt der nach wie vor größte NATO-Truppenübungsplatz in Europa. Die Stadt Celle hat als Garnisonstandort eine lange Tradition;¹² durch die Auflösung der in Scheuen stationierten Panzerbataillone 331, 333 und 334 ist die Bedeutung als Bundeswehrstandort allerdings gesunken. Wichtigste militärische Einrichtung ist jetzt der Heeresflugplatz, besetzt mit u.a. dem Heeresfliegerausbildungszentrum C, der Heeresfliegerverbindungs- und Aufklärungsstaffel 100 sowie der Heeresfliegerinstandsetzungsstaffel 100. In Faßberg ist die Bundeswehr u.a. vertreten mit der Technischen Schule der Luftwaffe 3, dem Transporthubschrauberregiment 10, der Fachschule der Luftwaffe und der Deutsch-Französischen Ausbildungseinrichtung TIGER.¹³ In Bergen ein Bundeswehrdienstleistungszentrum.

¹⁰ Vgl. 1. Panzerdivision (Bundeswehr) (10.12.2009). URL:

http://de.wikipedia.org/wiki/1._Panzerdivision_%28Bundeswehr%29 (10.12.2009)

¹¹ Vgl. Deutsches Heer (09.12.2009). URL: <http://www.deutschesheer.de/portal/a/1div> (09.12.2009)

¹² Vgl. hierzu die Rede des Celler Oberbürgermeisters Dirk-Ulrich Mende beim Celler Dialog 2009 (10.07.2009). URL: <http://www.celle.de/index.phtml?object=tx|342.9247.1&ModID=10&FID=342.743.1> (06.12.2009)

¹³ Vgl. Luftwaffe (09.12.2009). URL: http://www.luftwaffe.de/portal/a/luftwaffe/org/ausb/tslw3?yw_contentURL=/01DB06000000001/W26FTAYE559ITSRDE/content.jsp (09.12.2009)

Deutschlands größter Rüstungskonzern, die Rheinmetall AG, hat in Unterlüß ihre Töchter Rheinmetall Waffe Munition GmbH¹⁴ (Entwicklung und Produktion von großkalibrigen Waffenanlagen einschließlich der entsprechenden Munition; dazu zählen beispielsweise die Waffenanlage für den weltweit leistungsfähigsten Kampfpanzer Leopard 2 und die von der GIWS entwickelte Suchzündermunition SMArt 155 für die Artillerie) und Rheinmetall Landsysteme GmbH¹⁵ (Entwicklung und Fertigung gepanzerter Rad- und Kettenfahrzeuge sowie von Turmsystemen und Waffenstationen). Die Rheinmetall DeTec AG betreibt in Unterlüß ihr 5400 ha großes Erprobungszentrum (mit Schießplatz). – In Trauen (in der Nähe von Faßberg) sitzt die EADS Astrium GmbH, eine 100 %-ige Tochter des europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS (European Aeronautic Defence and Space Company). EADS Astrium ist spezialisiert auf zivile und militärische Raumfahrtssysteme.¹⁶ Sie nutzt dort gemeinsam mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) ein Versuchsgelände.

In politischer Hinsicht ist die Stadt Celle konservativ strukturiert. Insbesondere in der Kommunalpolitik haben CDU/FDP seit den 1960er Jahren stabile Mehrheiten. Aktuell sind im Stadtrat bei insgesamt 42 Sitzen folgende Fraktionen vertreten: CDU (17), FDP (5), SPD (12), Bündnisgrüne (3), Die LINKE/BSG (2). Weiter sind drei Einzelabgeordnete vertreten: einer von einer eher konservativen Wählergemeinschaft, ein ehemaliger Republikaner sowie ein aus der Fraktion ausgeschlossenes ehemaliges CDU-Mitglied. Zu Jahresbeginn 2009 wurde allerdings der SPD-Kandidat Dirk-Ulrich Mende überraschend zum Oberbürgermeister gewählt. – Im Kreistag sind die Mehrheitsverhältnisse noch eindeutig zugunsten der CDU/FDP.

Der „Celler Appell“ – Ein Programm zur Aufrüstung

Bei der Tagung des Jahres 2008 verabschiedeten die anwesenden Teilnehmer den so genannten „Celler Appell“. In ihm wird ein gemeinsames Verständnis von „Sicherheitspolitik“ formuliert und sich daraus für die Teilnehmerrunde ergebende konkrete Maßnahmen benannt.¹⁷

Der Celler Dialog setzt sich mit dem „Celler Appell“ zum Ziel, *„den Austausch zwischen Bundeswehr, Politik und Wirtschaft weiter voranzubringen.“* Denn die „vernetzte Sicherheit“ sei *„auf ein stärkeres öffentliches Bewusstsein und verbessertes Ineinandergreifen der einzelnen Bereiche politischen Handelns und der Wirtschaft angewiesen.“* Als gemeinsame Basis des Dialog werden genannt:

„Wir halten den sicherheitspolitischen Ansatz, wie er im Weißbuch 2006 in den Grundzügen ausgeführt ist, für richtig, und wir unterstützen diesen Ansatz in großem Einvernehmen.“

Wir sind der Auffassung, dass die klare Definition der sicherheitspolitischen Interessen unseres Landes dazu beiträgt, das politische und wirtschaftliche Gewicht Deutschlands auf internationaler Ebene angemessen einbringen zu können.

Wir brauchen eine intensivere sicherheitspolitische Debatte in Deutschland, um die Bedeutung von Sicherheit für die Zukunft unseres Landes und das Verständnis für die Auslandseinsätze der Bundeswehr verbreitern zu können.

Weltweite Sicherheit und Stabilität tragen eine positive Rendite für die Wirtschaft - in Form niedrigerer Kosten und Risikoprämien, besserer Investitionsbedingungen, höhe-

¹⁴ Vgl. Rheinmetall Defence (2009). URL: <http://www.rheinmetall-detec.de/index.php?fid=2203&lang=2> (06.12.2009)

¹⁵ Vgl. ebd.. URL: <http://www.rheinmetall-defence.com/index.php?fid=340&lang=2> (06.12.2009)

¹⁶ Vgl. EADS (29.07.2009). URL: <http://www.eads.com/web/pdf/en/800/content/400004/2/73/41575732.html> (06.12.2009)

¹⁷ Vgl. „Celler Appell“. URL: http://www.bmvg.de/fileserving/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W27FBL5W774INFODE/Celler_Appell.pdf?yw_repository=yowatweb (06.12.2009)

rer Erträge, und auch in Form freierer Märkte, auf die unser Land ganz besonders angewiesen ist. Aber auch jeder einzelne Bürger profitiert vom wirtschaftlichen Erfolg als Grundlage für Wohlfahrt und sozialen Frieden in Deutschland. Sicherheit und Stabilität sind daher ein hohes Gut und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Dieses Gut hat seinen Preis, und auch in Deutschland müssen Wirtschaft und Gesellschaft bereit sein, diesen Preis zu entrichten und einen unserer Wirtschaftskraft entsprechenden Beitrag zu leisten.

Wir brauchen einen engeren Schulterschluss zwischen Wirtschaft, Politik und Bundeswehr, um ein besseres Verständnis für die Aufgabenstellung des jeweils anderen zu erreichen und die Suche nach innovativen Lösungen zu verstärken.¹⁸

Die Grundlage für die hier formulierten Gemeinsamkeiten findet sich in einem Vortrag, den Klaus-Peter Müller im Januar des Jahres 2008 vor der Führungsakademie der Bundeswehr hielt.

Vor diesem Hintergrund verständigten sich die Teilnehmer auf drei konkrete Maßnahmen:

„1. Zur Vertiefung des Dialogs zwischen Bundeswehr und Gesellschaft sollen künftig einmal im Jahr auf einem nationalen Forum, im Rahmen des Celler Dialogs, eine Bestandsaufnahme vorgenommen und weitere Schritte beschlossen werden. Damit wollen wir allen Entscheidungsträgern in Wirtschaft, Politik und Bundeswehr Impulse für die vertiefte sicherheitspolitische Diskussion geben.

2. Wir starten eine Initiative insbesondere zur Förderung der Reservisten in Industrie und Wirtschaft, zur Vertiefung der persönlichen Kontakte und zur Intensivierung der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Wir begrüßen die in den Gesprächskreisen erarbeiteten Anregungen, die hier als Orientierung dienen können.

3. Darüber hinaus wollen wir aktiv darauf hinwirken, dass der sicherheitspolitische Dialog auch in Forschung und Lehre, insbesondere an unseren Hochschulen, gestärkt wird, z.B. durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren und durch einen dauerhaften, praxisorientierten und wissenschaftlichen Austausch zwischen Wirtschaft und Bundeswehr.¹⁹

Dieses Papier hat eine wesentliche Grundlage in einem Vortrag, dem Klaus-Peter Müller im Januar des Jahres 2008 vor der Führungsakademie der Bundeswehr hielt.²⁰

Darin stellt er u.a. dar, dass der „vernetzte Sicherheitsbegriff“ des Weißbuchs 2006 des Bundesverteidigungsministers zur Folge habe, „dass sich weit mehr Akteure als früher mit sicherheitspolitischen Fragen und Maßnahmen befassen, darunter ganz selbstverständlich – auch – die Unternehmen. Sie sind mehr denn je abhängig von weltweit stabiler, störungsfreier Kommunikation und Logistik.“²¹

In seinem Fazit fordert Müller „einen engeren Schulterschluss zwischen Politik, Bundeswehr und Wirtschaft“ und verweist auf Initiativen der Commerzbank:

„Bereits viermal haben wir die Veranstaltung „Die Wirtschaft an der Seite der Bundeswehr“ ausgerichtet. Wir führen hierbei hochrangige Führungskräfte der Wirtschaft, die bislang keinen oder nur geringen Kontakt zur Bundeswehr hatten, mit hochrangigen

¹⁸ ebd.

¹⁹ ebd.

²⁰ Müller, Klaus-Peter: Sicherheit und Finanzmärkte - Überlegungen zur wirtschaftlichen Bedeutung eines öffentlichen Gutes; in: FüAk-Reflexionen - Zeitschrift der Führungsakademie der Bundeswehr, Nr. 9, Februar 2008, S. 8-15. URL: http://www.fueakbw.de/share/l/05_Publikationen/07_FueAk_Reflexionen/Jahrgang_2008/FueAk_Reflexionen_Nr9_02_2008.pdf (06.12.2009)

²¹ ebd., S. 8.

*Offizieren aus dem Ministerium sowie Kommandeuren der Bundeswehr zusammen. Mit Vorträgen – zuletzt des Inspektors Heer, General Hans-Otto Budde –, in der Diskussion oder beim anschließenden Abendessen mit Serenade des Heeresmusikkorps ergeben sich regelmäßig eine Vielzahl neuer, interessanter Kontakte und Erkenntnisse. Dasselbe gilt für den 2007 von uns zusammen mit der 1. Panzerdivision ins Leben gerufenen „Celler Trialog“. [...] Wir wollen durch Dialog und Diskussion dafür sorgen, dass bei Entscheidungsträgern in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik das Verständnis für die Belange der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wächst. Insbesondere sollten wir uns aber bemühen, bei den im Bundestag vertretenen Parteien klare Positionen zu beziehen.*²²

Der Aufsichtsratsvorsitzende der Commerzbank fordert zudem „eine sehr viel breitere gesellschaftliche Diskussion sicherheitspolitischer Fragen in der Gesellschaft und der Bevölkerung ganz allgemein“:

*„Denn es gibt nach meiner festen Überzeugung auch eine Art Treuepflicht der Gesellschaft gegenüber ihren Soldaten. Das heißt konkret: Als Besteller und „Hauptabnehmer“ des Gutes „Sicherheit“ der Bundeswehr müssen wir alle auch die nötige Gegenleistung erbringen. Und die besteht nicht nur in materieller Unterstützung, also ausreichenden Haushaltsmitteln und rechtzeitiger Zuführung der erforderlichen Ausrüstung. Sie besteht auch darin, der Bundeswehr ideelle Rückendeckung zu geben, sie mit ihren Aufträgen also nicht allein zu lassen, sondern allen Soldaten – und deren Angehörigen! – das Gefühl zu geben, dass ihr Einsatz Anerkennung und Unterstützung findet. Die Bundeswehr braucht als Flankenschutz dringend diesen gesellschaftlichen Konsens.*²³

Die bisherigen Tagungen in Celle

Im Jahr 2007 fand die Tagung vom 11. – 12. Mai statt, im Jahr 2008 vom 4. – 6. Juni und im Jahr 2009 vom 8. – 10. Juli. Die Teilnehmerzahlen sind seit der ersten Durchführung steigend. Im Jahr 2007 waren es rund 100, 2008 rund 120 und 2009 rund 160 Teilnehmer.

Der 1. Celler Trialog fand mit rund 100 Teilnehmern im Mai 2007 statt. Hauptredner waren neben Klaus-Peter Müller, Sprecher des Vorstands der Commerzbank, Thomas Kossendey, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, sowie der frühere BND-Präsident und jetzige Innenstaatssekretär Dr. August Hanning. Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff wandte sich als Schirmherr an die anwesenden Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Bundeswehr. Zu den teilnehmenden Gästen gehörten u.a. der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Hans-Otto Budde, sowie der Bundestagsabgeordnete und außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Eckart von Klæden.

Als „Tenor der Tagung“ verkündete die 1. Panzerdivision in einem Artikel von Oliver Rolofs, dass „nur eine gemeinsame Verantwortung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“ die gleichzeitige "Sicherheit durch Deutschland und für Deutschland" gewährleisten könne.²⁴

In einem „Appell der Wirtschaft an Politik und Gesellschaft“ beklagte Klaus-Peter Müller eine „chronische Unterfinanzierung der Bundeswehr“, weshalb Deutschland den aktuellen globalen sicherheitspolitischen Risiken nicht gerecht werden könne. Er for-

²² ebd., S. 13f..

²³ ebd., S. 14.

²⁴ Vgl. Rolofs, Oliver: Erster Trialog '07. – In: Deutsches Heer (24.05.2007). URL: http://www.deutschesheer.de/portal/a/1div/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLNzSPtwgJAclB2H4u-pFw0aCUVH1fj_zcVH1v_QD9gtylckdHRUUAARuWA!!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfMTdfOFRU?yw_contentURL=%2F01DB05200000001%2FW27398BP127INFODE%2Fcontent.jsp#headerblock (06.12.2009)

derte, so Rolofs, dringenden materiellen und ideellen Flankenschutz für die "budgetmäßig mit dem Rücken an der Wand stehenden Bundeswehr". Dafür müsse nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei den Entscheidungsträgern in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik geworben werden.²⁵

Zum Thema „islamistische Bedrohung“ sprach der Staatssekretär im Bundesinnenministerium August Hanning. Deutschland sei „zum Frontstaat islamischer Terroristen geworden“. Aus der ungleichen Macht- und Einkommensteilung in der Welt sei ein Nährboden für islamistischen Terror geworden. "Dass die Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt werden muss, kann aus diesen Erkenntnissen nur allzu deutlich unterstrichen werden", zitiert Rolofs den Staatssekretär. Erforderlich sei deshalb, im Innern die Arbeit der Sicherheitsbehörden und der Bundeswehr besser zu bündeln.²⁶

Zum Thema der Kooperation von Bundeswehr, Wirtschaft und Politik sprach der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Thomas Kossendey. Sicherheit könne weder rein national noch allein durch Streitkräfte gewährleistet werden, so eine seiner Thesen. Dazu zählte er eine verstärkte Kooperation der Bundeswehr mit der Wirtschaft als „das entscheidende Paradigma, den gestiegenen sicherheitspolitischen Anforderungen gerecht zu werden“. Die investive Schwäche des Staates zwingt dazu, Verbesserungen in der Truppe durch alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen, wozu Kossendey neben bisherigen Privatisierungsmodellen eine erweiterte Kooperation mit der Wirtschaft nannte.²⁷

Der Inspekteur des Heeres, Hans-Otto Busse warb für eine Erhöhung des Wehretats: "Schließlich dürfen wir nicht fragen, was uns Sicherheit kostet, sondern ob wir uns Unsicherheit leisten können."²⁸

Die „Unterfinanzierung“ der Bundeswehr stellte auch die „Cellesche Zeitung“ als zentrales Thema der Tagung heraus.²⁹

Beim 2. Celler Dialog im vom 4. – 6. Juni 2008 debattieren rund 120 Vertreter von Parteien, Unternehmen und Streitkräften über deutsche Armeeinsätze - unter dem Motto "Wirtschaft und Politik an der Seite der Bundeswehr". Nach außen dokumentierte sich diese Tagung durch den so genannten „Celler Appell“.

Die Hauptredner waren am ersten Tag der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Ulrich Klose („Herausforderungen deutscher Sicherheitspolitik“), der Generalinspektors der Bundeswehr Wolfgang Schneiderhan („Bundeswehr als Instrument deutscher Sicherheitspolitik“) und der Aufsichtsratsvorsitzende der Commerzbank, Klaus-Peter Müller („Sicherheit als Wirtschaftsfaktor – zum Brückenschlag Wirtschaft-Politik-Bundeswehr“).³⁰ Am zweiten Tag sprach Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Jung; sein Thema: „Deutsche Sicherheitsinteressen - Die Rolle der Bundeswehr“.³¹

²⁵ Vgl. ebd.

²⁶ Vgl. ebd.

²⁷ Vgl. ebd.

²⁸ Vgl. ebd.

²⁹ Vgl. Gatz, Oliver: Diskussion in Celle über die Nöte der Bundeswehr. Sicherheitspolitische Tagung in der Congress Union / Kritik an Unterfinanzierung der Streitkräfte. - In: Cellesche Zeitung, 12.05.2007.

³⁰ Müller, Klaus-Peter: „Sicherheit als Wirtschaftsfaktor – zum Brückenschlag Wirtschaft-Politik-Bundeswehr“ (Impulsvortrag – 05.06.2008). URL: <http://cellerdialog.blogspot.de/images/Sammelmappe1.pdf> (06.12.2009)

³¹ Zweiter „Celler Dialog“ zwischen Wirtschaft, Politik und Bundeswehr. Klaus-Peter Müller fordert mehr ideale und materielle Unterstützung für die Bundeswehr – Pressemitteilung der Commerzbank vom 05.06.2008. URL: https://www.commerzbank.de/de/hauptnavigation/presse/archiv_/presse_mitteilungen/2008/quartal_08_02/presse_archiv_detail_08_02_4370.html (06.12.2009)

Jung stellte zentrale Aussagen des Weißbuchs 2006 in den Mittelpunkt seines Vortrags: Sicherheitsgefahren müsse dort begegnet werden, wo sie entstehen. Dafür sei ein umfassender, vernetzter Ansatz erforderlich, der neben militärischen auch politische, diplomatische, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Mittel beinhalte. Die Zusammenarbeit von NATO, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen müsse verbessert werden. Die Transformation der Bundeswehr müsse konsequent weitergetrieben werden. *"Das alles bedeutet: Sicherheitsrisiken dürfen nicht mehr allein oder vorwiegend unter militärischen Aspekten gesehen werden." Die Zielsetzung sei die Entwicklung einer koordinierten Handlungsstrategie nach dem Konzept "vernetzte Sicherheit".*³²

Zum 3. Celler Dialog im Jahr 2009 zum Thema „Die Bundeswehr im Einsatz für unsere Sicherheit – Wirtschaft und Politik an der Seite der Bundeswehr“ war die Zahl der Teilnehmer erneut gestiegen. Rund 160 Personen diskutierten in Gesprächskreisen außen- und sicherheitspolitische Aspekte aus den Blickwinkeln von Politik, Wirtschaft und Bundeswehr. Die Leitung der Gesprächskreise übernahmen General a.D. Klaus Naumann, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender NATO Military Committee, der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Klaus Peter Stieglitz, und Vizeadmiral Wolfram Kühn, Stellvertreter des Generalinspekteurs der Bundeswehr und Inspekteur der Streitkräftebasis. Die Ergebnisse dieser Gesprächskreise wurden abschließend in Anwesenheit von Bundesverteidigungsministers Franz Josef Jung vorgetragen.

Die Implusvorträge kamen vom CDU-Bundestagsabgeordneten Eckart von Klaeden („Herausforderungen deutscher Sicherheitspolitik“), dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Peter Keitel („Verantwortung der Wirtschaft für deutsche Sicherheitsinteressen“) und dem stellvertretenden Generalinspekteur der Bundeswehr Generalleutnant Johann-Georg Doha („Die Bundeswehr im Einsatz und in der fortlaufenden Transformation – welche Erwartungen haben die Streitkräfte an Politik und Wirtschaft?“).

In einer anschließenden Podiumsdiskussion nahmen neben den Implus-Referenten die Bundestagsabgeordneten Werner Hoyer (FDP), Hans-Peter Bartels (SPD) und Alexander Bonde (Bündnis 90/Die Grünen) teil.³³

Nach einer Rede des seinerzeitigen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble wurde in drei Gesprächsrunden diskutiert. Im „Gesprächskreis 1“ mit dem Thema „Deutsche Sicherheitspolitik – Garant für Frieden und Freiheit“ diskutierten – laut Programm - General a.D. Klaus Naumann, Botschafter Wolfgang Ischinger (Vorsitzender der Münchener Sicherheitskonferenz), Generalleutnant Jürgen Bornemann (Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO und der Europäischen Union) sowie hand Heinrich Driftmann (Präsident DIHK).

Im zweiten Gesprächskreis („Vernetzte Sicherheit – Umfassender Sicherheitsbegriff auf nationaler und internationaler Ebene“) kamen die einleitenden Statements von Generalleutnant Klaus Peter Stieglitz (Inspekteur der Luftwaffe), Konteradmiral Andreas Krause (Stellvertreter des Befehlshabers der Flotte), Generalmajor Bruno Kasdorf (Stellvertreter des Befehlshaber Heeresführungskommando) sowie Ministerialdirektor Gerhard Schirmer vom Bundesministerium des Innern (Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit).

³² Vgl. Rede des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, anlässlich des „Celler Dialogs“ in Celle „Deutsche Sicherheitsinteressen und die Rolle der Bundeswehr“, am 5. Juni 2008. URL: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/PeriodischerBericht/StichworteSicherheitspolitik/2008/Anlagen/sipo-mai-juni.property=publicationFile.pdf>, S. 99-108. (06.12.2009)

³³ Vgl. Programm 2009. URL: <http://media.de.indymedia.org/media/2009/07//255256.pdf> (06.12.2009)

Im „Gesprächskreis 3“ zum Thema „Bundeswehr und Wirtschaft – kreativ denken, effizient handeln, modern führen“ waren vertreten: Vizeadmiral Wolfram Kühn (Stellvertretender Generalinspekteur der Bundeswehr und Inspekteur der Streitkräftebasis), Generalmajor Wolfgang Born (Bundesministerium der Verteidigung, Abteilung Personal-, Sozial- und Zentralangelegenheiten), Klaus Schweinsberg (Geschäftsführender Gesellschafter der INTES GmbH) sowie Henning Otte (CDU-Bundestagsabgeordneter).³⁴

Bundesverteidigungsminister Jung ging in seiner abschließenden Rede auf die Ziele ein, die sich der Celler Dialog gesteckt habe. Er lebe *„von einer praktischen Umsetzung der Ideen, die wir gemeinsam auf den Treffen hier in Celle entwickeln.“* In seiner Bestandsaufnahme ging Jung dabei ausführlich auf die *„Stärkung der Reservisten als einer personellen Klammer zwischen Wirtschaft und Politik einerseits und der Bundeswehr andererseits“* ein:

„Um die Unterstützung der Wirtschaft für die Bundeswehr bei der Erfüllung ihrer Aufgaben möglich zu machen, kommt es ganz entscheidend auf die vielen Tausend ehemaligen Soldaten an, die aufgrund ihrer Fach- und Führungskompetenz in Schlüsselpositionen sind. Sie bilden ein Scharnier zwischen Bundeswehr und Gesellschaft und sind entscheidend für die Kommunikation unserer Sicherheitspolitik. An dieser Stelle möchte ich einen Dank an die vielen Arbeitgeber einfügen, die es ihren Mitarbeitern ermöglichen, ihren Beitrag als Reservisten leisten zu können. Wir brauchen in der Bundeswehr unsere Reservisten, sie sind ebenso unverzichtbar wie unsere Grundwehrdienstleistenden und die Zeit- und Berufssoldaten. Die Bundeswehr ist bemüht, den Reservisten etwas mitzugeben, das auch einen Gewinn für den Arbeitgeber darstellt. Das Führungseminar von Wirtschaft und Bundeswehr beispielsweise, das Mitte September an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg stattfinden wird, ist ein direktes Ergebnis des Celler Dialogs vom letzten Jahr. 24 junge Nachwuchskräfte sollen teilnehmen, zu gleichen Teilen aus dem Generalstabslehrgang der Bundeswehr wie aus zivilen Unternehmen der Ebene Bereichsvorstand und Vorstand. In der 72-stündigen Übung soll Führungshandeln anhand einer Konfliktsituation trainiert werden. Mit dieser Übung leistet die Bundeswehr einen wichtigen Beitrag, dem Auseinanderdriften der Entscheidungsebenen der Streitkräfte, der Wirtschaft und der Politik entgegen zu treten und das gegenseitige Verständnis zu fördern.“³⁵

Jung umriss im weiteren die Perspektiven des Celler Dialogs, wobei er davor warnte, dass die Gesundung der Wirtschaft zu Lasten der Wahrung von Sicherheit gehen könne. Der Minister beendete seine Rede mit dem Fazit: *„Eine moderne und erfolgreiche deutsche Sicherheitspolitik braucht die Unterstützung der Gesellschaft, sie braucht die Vernetzung mit Politik und Wirtschaft. Hier sind wir mit dem Celler Dialog auf dem richtigen Weg!“³⁶*

Zum zweiten und dritten Celler Dialog gehörte ein Dinner im Celler Schloss mit anschließender Serenade durch das Heeresmusikkorps 1 im Innenhof des Schlosses. Den Abschluss bildete am letzten Tag jeweils eine „Vorführung von militärischen Fähigkeiten der 1. Panzerdivision auf dem Truppenübungsplatz Munster“.

Am Ende des 3. Celler Dialogs wurde bekannt gegeben, dass die Konferenz im Jahr 2010 nach Kiel ausweichen wird, um im Jahr 2011 wieder nach Celle zurückzukehren.³⁷ Als Grund wurde genannt, dass die 1. Panzerdivision aus Hannover im Jahr 2010 durch Einsatzvorbereitungen für Afghanistan gebunden sei.

³⁴ Vgl. ebd.

³⁵ Rede des Bundesministers der Verteidigung, Franz Josef Jung, anlässlich des Celler Dialogs unter dem Thema "Sicherheit für Deutschland - Wirtschaft und Politik an der Seite der Bundeswehr" am 9. Juli 2009 in Celle; siehe Anhang.

³⁶ ebd.

³⁷ Vgl. „160 Gäste bei dritter Sicherheitskonferenz. "Celler Dialog" im nächsten Jahr in Kiel“. – In: Cellesche Zeitung, 10.07.2009.

Reaktionen und mediale Beachtung

Die erste Tagung im Jahr 2007 fand weitgehend ohne kritische Begleitung statt, blieb aber auch gänzlich ohne überregionale mediale Aufmerksamkeit. Einzig die lokale „Cellesche Zeitung“ berichtete.³⁸

Der 2008 verabschiedete Celler Appell rief zumindest zwei kritische Reaktionen hervor. Auf der website „german-foreign-policy.com“ erschien am 5. Juni 2008 unter der Überschrift „Schulterschluss“ ein Bericht, der vor allem hervorhob, dass die Privatisierungspläne der Bundeswehr zusätzliche Chancen für „Kriegsgewinnler“ böten, und in dem die Rolle der Commerzbank kritisiert wurde.³⁹ In der Wochenzeitschrift „Freitag“ nahm Otto Köhler mit seinem Kommentar „Nein, danke. Warum ich kein Konto bei der Militärbank will“ die Schulterschlussrhetorik aufs Korn.⁴⁰ Eine überregionale Berichterstattung in der Tagespresse blieb erneut weitgehend aus. Auf „Focus Online“ erschien am 08.06.2008 mit zustimmender Sicht ein Artikel von Thomas Wiegold, Titel: „Krieg für Manager“.⁴¹ Die „Cellesche Zeitung“ berichtete unter der Überschrift „Viel Prominenz beim Celler Trialog. Sicherheitspolitik Thema in der Congress Union“.⁴²

Zum dritten Celler Trialog initiierten antimilitaristische Gruppen aus Celle und Hannover das „Bündnis gegen den Celler Trialog, Militarismus und Krieg“. Federführend waren der AK Antimilitarismus libertäres Netzwerk Alerta! Hannover und die Antimilitarismus Gruppe Celle [AMG]. Zu den Unterstützer_innen der Demonstration am 04. Juni 2009 gehörten u.a.: Attac Hannover, Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen, Attac Celle, Attac Hannover, BSG Celle, Bundeswehr wegtreten! Köln, Bundesweite Attac AG Globalisierung und Krieg, Die Linke Kreisverband Celle, Friedensbüro Hannover, Informationsstelle Militarisierung (IMI), Rote Aktion Kornstraße (RAK), Solid Niedersachsen, VVN/BdA KV Celle, VVN/BdA Niedersachsen.⁴³

In einem Papier zum „Selbstverständnis“ nennt das Bündnis als Ziele „die Entmilitarisierung der Gesellschaft in allen Lebensbereichen, das Beenden aller Kriege zur Schaffung eines friedlichen Lebens aller Menschen die Entwicklung einer Gesellschaft, in der die Menschen frei und gemeinsam über alle lebensnotwendigen und sonstigen geistigen sowie materiellen Ressourcen verfügen.“ Konkret gehe es darum, das Zusammenspiel von Politik, Militär und Wirtschaft mit samt ihren Widersprüchen aufzuzeigen, zu thematisieren und zu skandalisieren.⁴⁴

Das Bündnis kritisierte die Tagung im Vorfeld über Infostände, mit Flugblättern sowie Beiträgen auf einer der website „<http://cellertrialog.blogspot.de>“. In einer 28-seitigen Broschüre mit dem Titel „Deutschland im Krieg – verschiedene Aspekte einer zuneh-

³⁸ Vgl. Gatz, Oliver: Diskussion in Celle über die Nöte der Bundeswehr. Sicherheitspolitische Tagung in der Congress Union / Kritik an Unterfinanzierung der Streitkräfte. - In: Cellesche Zeitung, 12.05.2007.

³⁹ Vgl. „Schulterschluss“. - In: Vereinigte Linke Lausitz. URL: http://www.vereintelinke.org/index.php?option=com_content&task=view&id=128&lang=de&Itemid=35 (06.12.2009)

⁴⁰ Köhler, Otto: Nein, danke. Warum ich kein Konto bei der Militärbank will. - In: Freitag, 35.08.2008. URL: <http://www.freitag.de/2008/25/08250203.php> (06.12.2009)

⁴¹ Wiegold, Thomas: Krieg für Manager. - In: Focus Online, 06.08.2008. URL: http://wiegold.focus.de/augen_geradeaus/2008/06/krieg-fr-manage.html (06.12.2009). In den Griephan Briefen, einer wöchentliche Insiderinformationen zum Geschäftsfeld äußere & innere Sicherheit, erschien „Sicherheit in Celle“. - In: Griephan Briefe. Wöchentliche Informationen zum Geschäftsfeld äußere & innere Sicherheit, Jg. 44. 16.06.2008, S. 1-4.

⁴² Gatz, Oliver: Viel Prominenz beim "Celler Trialog". Sicherheitspolitik Thema in der Congress Union. - In: Cellesche Zeitung, 06.06.2008; sowie „Verteidigungsminister Jung lud zum "Celler Trialog" / Wirtschaft, Politik und die Bundeswehr diskutierten“. - In: Cellesche Zeitung, 08.06.2008. - Ein lokales Anzeigenblatt, der „Celler Kurier“ berichtete unter der Überschrift: „Verteidigungsminister Jung lud zum „Celler Trialog“. Wirtschaft, Politik und die Bundeswehr diskutierten“, Celler Kurier, 08.06.2008.

⁴³ Vgl. 04.07. Demo: Celler Trialog beenden – Für eine Welt ohne Krieg! URL: <http://cellertrialog.blogspot.de/2009/05/16/celler-trialog-beenden-fuer-eine-welt-ohne-krieg/> (06.12.2009)

⁴⁴ Vgl. Bündnis gegen den Celler Trialog, Militarismus und Krieg – Selbstverständnis. - In: cellertrialog. URL: <http://cellertrialog.blogspot.de/buendnis-gegen-den-celler-trialog-militarismus-und-krieg/> (06.12.2009)

mend militarisierten Gesellschaft⁴⁵ wurde der Celler Trialog und insbesondere das militär-, außen- und innenpolitische Umfeld der Tagung analysiert. Ebenfalls noch im Vorfeld fand am 4. Juni 2008 eine Demonstration mit rund 150 Teilnehmer_innen statt. Protestaktionen während der Tage des Celler Trialogs wurden größtenteils entweder durch äußerst einschränkende Versammlungsaufgaben der Stadt Celle bzw. direkt durch die Polizei verhindert. Den Abschluss der Aktionstage bildete eine von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen geförderte Podiumsdiskussion mit Vertreter_innen antimilitaristischer Initiativen.⁴⁶ Für das Bündnis war die Demonstration ein „vielversprechender Auftakt für die kommende Aktionswoche gegen den Celler Trialog und auch für den wachsenden Protest der nächsten Jahre“.⁴⁷

Erneut kommentierte Otto Köhler kritisch in dem Artikel „Beim Geld abheben – erschossen?“ im „Freitag“ vom 14.05.2009.⁴⁸ In der Nord-Ausgabe der „tageszeitung“ berichtete am 09.07.2009 Marlene Weiss unter der Überschrift „Kaffeekränzchen für die Sicherheit“.⁴⁹ In den Magazinen „rtl-regional“ wurde unter dem Titel „Umstritten“⁵⁰ berichtet, und „17.30live“ von SAT.1 unter dem Titel „Celler Trialog“.⁵¹

Überregional fand die Tagung ansonsten auch 2009 kaum eine Beachtung. Die im „Weserkurier“, der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ sowie der „Neuen Westfälischen Zeitung“ erschienen Artikel stammen alle von einem in Celle lebenden freien Journalisten.⁵² Im Zentrum dieser Artikel wurde über die Forderung des BDI-Präsidenten Hans-Peter Keitel nach einer Lockerung der Beschränkungen für deutsche Rüstungsexporte berichtet. Er wird dort mit den Worten zitiert: "Wir wollen keine Lieferungen in Krisengebiete, aber insgesamt müssen deutsche Rüstungsunternehmen mehr Möglichkeiten für internationale Geschäfte haben."⁵³

⁴⁵ Antimilitarismus Gruppe Celle [AMG], AK Antimilitarismus libertäres Netzwerk Alerta! Hannover: Deutschland im Krieg – verschiedene Aspekte einer zunehmend militarisierten Gesellschaft. Der Versuch eines Überblicks anhand des Celler Trialogs. [Celle 2009]. URL: <http://antimilitarismus.blogspot.de/images/broschreweb.pdf> (06.12.2009)

⁴⁶ Vgl. Erfolgreiche Bündnisdemonstration „Celler Trialog beenden – Für eine Welt ohne Krieg“. Pressemitteilung vom 04.07.2009, Bündnis gegen den Celler Trialog, Militarismus und Krieg. URL: <http://cellertrialog.blogspot.de/2009/07/04/pm-vom-buendnis-zur-demo-am-040709/> (06.12.2009)

⁴⁷ Bündnis gegen den Celler Trialog, Militarismus und Krieg: Erfolgreiche Bündnisdemonstration / „Celler Trialog beenden – Für eine Welt ohne Krieg“ (PM vom 04.07.2009). URL: <http://media.de.indymedia.org/media/2009/07//255374.pdf> (06.12.2009)

⁴⁸ Köhler, Otto: Beim Geld abheben – erschossen? – In: Freitag, 14.05.2009. URL: <http://www.freitag.de/positionen/0920-beim-geld-abheben-erschossen> (06.12.2009)

⁴⁹ Weiss, Marlene: Kaffeekränzchen für die Sicherheit. – In: die tageszeitung, 09.07.2009. URL: <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digital/artikel/?ressort=na&dig=2009%2F07%2F09%2Fa0038&cHash=218b969191> (06.12.2009)

⁵⁰ Vgl. Umstritten. – In: rtl-regional am 10.07.2009. URL: <http://www.rtlregional.de/player.php?id=7104&tag=trialog&seite=0> (06.12.2009);

⁵¹ Vgl. Celler Trialog. – In: SAT.1- 17.30live am 10.07.2009. URL: [http://www.hannover.1730sat1.de/250.html?&cHash=f5e76dfd2e&tx_ttnews\[backPid\]=249&tx_ttnews\[pointer\]=6&tx_ttnews\[tt_news\]=20220](http://www.hannover.1730sat1.de/250.html?&cHash=f5e76dfd2e&tx_ttnews[backPid]=249&tx_ttnews[pointer]=6&tx_ttnews[tt_news]=20220) (06.12.2009)

⁵² Göres, Joachim: Mehr Förderung für Reservisten / "Celler Trialog": Wirtschaft und Politik stellen sich an die Seite der Bundeswehr. – In: Weserkurier, 10.07.2009; ders.: Alte Kameraden / BDI für Lockerungen beim Export von deutscher Rüstungstechnologie. – In: Neue Westfälische Zeitung, 10.07.2009; ders.: Industrie: Rüstungsexporte erleichtern / BDI drängt - Jung wirbt um Verständnis für Auslandseinsätze. - In: Neue Osnabrücker Zeitung, 10.07.2009.

⁵³ Vgl. Göres, Joachim: Industrie: Rüstungsexporte erleichtern / BDI drängt - Jung wirbt um Verständnis für Auslandseinsätze. - In: Neue Osnabrücker Zeitung, 10.07.2009.

Auf lokaler Ebene erschienen in der „Cellesche Zeitung“ diverse Artikel zur Tagung und punktuell auch über den Protest.⁵⁴ Die lokale Zweimonatszeitschrift „revista“ berichtete ausführlich in unterschiedlichen Ausgaben.⁵⁵

Zusammenfassung

Der Celler Trialog hat sich in den Jahren 2007 bis 2009 als „sicherheitspolitische“ Konferenz etabliert, bei der vor allen die „hochkarätige“ (so immer wieder die Eigendarstellung wie auch Außenwahrnehmung) Referentenliste gegenüber den anderen vergleichbaren Tagungen hervorsticht. Demgegenüber steht die überraschende Ignoranz überregionaler Medien.⁵⁶

Angesichts des dichten Programms scheint die Konferenz vorrangig darauf angelegt zu sein, militärstrategische Konzepte an einen ausgewählten Teilnehmerkreis aus Wirtschaft und Politik zu vermitteln. Von Seiten der Veranstalter hebt sich als Implusgeber vor allem der Aufsichtsratsvorsitzende der Commerzbank AG, Klaus Peter Müller, heraus. Von ihm kommen konkrete Vorschläge, wie die im „Celler Appell“ eingeforderte Verzahnung von Bundeswehr und Wirtschaft über die Ebene der Bundeswehrreservisten oder auch die Stärkung wehrtechnischer Forschung an den Hochschulen. Ihm liegt gleichzeitig daran, bei den anwesenden Wirtschaftsvertretern ein Verständnis für das Konzept der so genannten „vernetzten Sicherheit“ zu wecken. Auf der Konferenz des Jahres 2009 trat mit dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Peter Keitel, erstmals ein Wirtschaftsvertreter in der abschließenden Pressekonferenz offensiv als Rüstungslobbyist auf.

Schrittweise ist in den Jahren seit 1992 der Investitionsanteil (Rüstungsforschung und –entwicklung, Waffen- und Gerätebeschaffung, militärische Bauten und Einrichtungen) auf annähernd 30 % des Verteidigungshaushalts erhöht worden. Im Verteidigungshaushalt 2009 machte dieser Anteil 31,1 Milliarden Euro aus. In einem Strategiepapier „Streitkräfte und Industrie 2010“⁵⁷ forderte der Bundesverband Deutscher Industrie 2003 gleichwohl eine noch stärkere Erhöhung des Investitionsanteils am Bundeswehretat.⁵⁸

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass die Tagung auf einer informellen Ebene eine Netzwerkfunktion für den militärisch-industriellen Komplex der Bundesrepublik Deutschland hat. Insbesondere das Rahmenprogramm dürfte den Teilnehmer

⁵⁴ Vgl. Gatz, Oliver: „Celler Trialog beenden“. Friedlicher Protest gegen Konferenz. 150 linke Demonstranten ziehen unter Polizeibegleitung durch die Stadt. – In: Cellesche Zeitung, 06.07.2009; Starke Polizeipräsenz vor Sicherheitskonferenz. – In: Cellesche Zeitung, 09.07.2009; Gatz, Oliver: Jung verteidigt Wehrpflicht „Celler Trialog“ 2010 in Kiel / 160 Gäste bei dritter Sicherheitskonferenz / Polizei zeigt massiv Präsenz. – In: Cellesche Zeitung, 10.07.2009; ders.: Verteidigungsmimster Jung: „Die NATO sind wir auch“ / CDU-Politiker sieht Verschärfung der Lage in Afghanistan. – In: Cellesche Zeitung, 10.07.2009; Mende: „Wir Celler bekennen uns zu unseren militärischen Einrichtungen“ / Aufsichtsratschef der Commerzbank begrüßt Marine-Mission gegen Piraten. – In: Cellesche Zeitung, 10.07.2009; Edel speisen und logieren: Jung steht ganze Etage zur Verfügung / Spürhunde untersuchen Hotel-Räume / Vier Hundertschaften der Polizei im Einsatz / Köstlichkeiten für Gäste der „Trialog“-Konferenz. – In: Cellesche Zeitung, 10.07.2009.

⁵⁵ Vgl. u.a.: Dritter Celler Trialog im Juli 2009 - Seit' an Seit' marschieren sie. - In: revista. linke zeitung für politik und kultur aus celle, Nr. 43, Mai/Juni 2009, S. 3.; „Vertrauen und Partnerschaft“ – die Commerzbank - Eine Bank an wessen Seite? - In: revista. linke zeitung für politik und kultur aus celle, Nr. 43, Mai/Juni 2009, S. 4-5; Dritter Celler Trialog - Gesellschaft durfte draußen bleiben. – In: revista. linke zeitung für politik und kultur aus celle, Sept./Okt. 2009, Nr. 45, S. 13-14; Oberbürgermeister Mende / „Wir sind für eine Welt ohne Krieg!“ – In: revista. linke zeitung für politik und kultur aus celle, Sept./Okt. 2009, Nr. 45, S. 16; Interview mit Elke Steven (Grundrechtekomitee) / „Störungen muss man eben hinnehmen“ – In: revista. linke zeitung für politik und kultur aus celle, Sept./Okt. 2009, Nr. 45, S. 17-18.

⁵⁶ Interessanterweise waren bei der Tagung im Jahr 2009 zwar Journalisten von FOCUS und FAZ anwesend; berichte erschienen aber nicht.

⁵⁷ Vgl. Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) (Hg.): SkI 2010 - Streitkräfte & Industrie. Politik, Streitkräfte und Industrie vor neuen Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Berlin 2004.

⁵⁸ Schmid, Fred, Scheerer, Claus: Nato. Rüstung. Krieg. Grafiken, Fakten und Karten zur Militarisierung. Hg. vom Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.. München 2009, S. 17.

ein Parkett liefern, auf dem sich über „face-to-face“-Kontakte ein rüstungslobbyistisches Netzwerk bilden bzw. stabilisieren lässt.

Für die Friedens- und Antimilitarismus-Bewegung bilden die diversen „sicherheitspolitischen“ Veranstaltungen, die über das ganze Jahr verteilt in unterschiedlichen Regionen stattfinden, einen Anknüpfungspunkt für die Skandalisierung der Militär-, Rüstungs- und Außenpolitik wie auch der Militarisierung der Gesellschaft. Die Erfahrungen der Protestaktionen gegen den „Celler Dialog“ sind allerdings widersprüchlich. Zwar zeigte sich die Tragfähigkeit eines antimilitaristischen Bündnisses innerhalb eines engen linken Milieus. Trotz einer inhaltlich anspruchsvollen und aktionistisch transparenten Konzeptes gelang es im ersten Anlauf aber nicht, die Milieugrenzen zu überspringen. Auch wenn etwa Gliederungen der Partei DIE LINKE und Gruppen von attac als Bündnispartner für die Demonstration auftraten, fand sich personell nur eine geringe Resonanz.

Der Celler Dialog wird im Jahr 2010 in Kiel stattfinden. In einer Landeshauptstadt mit studentischen Milieus wird sich vielleicht eher zeigen, wie anschlussfähig Proteste gegen ein derartiges Treffen des militärisch-industriellen Komplexes ist. Auf Grundlage der Erfahrungen könnte versucht werden, in Niedersachsen/Norddeutschland im Jahr 2011 einen friedenspolitischen Fokus auf den dann wieder in Celle stattfindenden Dialog zu legen.

Intensiver zu untersuchen wären folgende Fragenkomplexe:

Zu dem gesamten Komplex der so genannten sicherheitspolitischen Konferenzen in Deutschland hat in den vergangenen Jahren vor allem die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. in Tübingen⁵⁹ Untersuchungen verfasst. Von Seiten der Friedensbewegung, hier z.B. des Friedensratschlags der AG Friedensforschung der Uni Kassel⁶⁰ finden die Tagungen zunehmend Beachtung, ohne aber dass es eine koordinierte Zusammenschau gäbe. Bei der Bundestagsfraktion DIE LINKE ist vor allem Ulla Jelpke immer wieder mit Anfragen zum Wirken der Bundeswehr in den öffentlichen Raum aktiv.⁶¹ Tiefergehende Analysen zum militärisch-industriellen Komplex in der Bundesrepublik Deutschland gibt es aktuell nicht.

Folgende Fragestellungen bieten sich hinsichtlich einer weitergehenden Untersuchung des „Celler Dialogs“ an:

Welche Bedeutung hat der Celler Dialog im Verhältnis zu den anderen sicherheitspolitischen Tagungen? Gibt es anderen Themenschwerpunkte? Unterscheiden sich die Arbeitsschwerpunkte der Referenten gegenüber den anderen Tagungen? Gibt es Unterschiede in Funktionen der Teilnehmer?⁶²

Welche Rolle spielt die Commerzbank im Militär-Industrie-Komplex? Welche Bedeutung hat die 1. Panzerdivision im Konzept der Transformation der Bundeswehr?

Welcher der Veranstalter trägt die Kosten des Celler Dialogs? Wie ist die niedersächsische Landesregierung in Ablauf und Finanzierung der Konferenz eingebunden?

Welche Bedeutung hat die Rüstungs- und „Sicherheits“-Industrie in Niedersachsen? Gibt es Konversionskonzepte oder: Wie könnten Konversionskonzepte aussehen?

⁵⁹ Informationsstelle Militarisierung e.V. URL: <http://www.imi-online.de> (06.12.2009)

⁶⁰ AG Friedensforschung der Uni Kassel. URL: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/> (06.12.2009)

⁶¹ Ulla Jelpke. URL: <http://www.ulla-jelpke.de> (06.12.2009)

⁶² Eine Anfrage des Autors an die Pressestelle der 1. Panzerdivision vom 07.12.2009 blieb unbeantwortet: „Ich möchte Sie deshalb bitten, mir zu folgenden Aspekten Informationen zukommen zu lassen: 1.) Welche der drei „Träger“ des Celler Dialogs übernimmt die Kosten der Konferenz? 2.) Gibt es von den oder einzelnen Referaten der drei vergangenen Konferenzen Manuskripte, die Sie mir zugänglich machen können? 3.) Gibt es Teilnehmerlisten, die Sie mir zugänglich machen können?“

Weitergehend stellt sich die Frage, wie die Friedensbewegung auf parlamentarischer (Landtag) und außerparlamentarischer Ebene künftig auf den Celler Dialog reagieren kann.

Parlamentarisch könnte versucht werden Aufklärung zu schaffen über die konkrete finanzielle und technische Einbindung des Landes Niedersachsen. Weiter wäre sinnvoll über ein Mittel wie eine große parlamentarische Anfrage eine Basis für weitere Untersuchungen zum Land Niedersachsen als Standort der Bundeswehr und der Betriebe und Einrichtungen der Rüstungsforschung und –produktion zu gewinnen. Die Konversionsdiskussionen der 1980er und 1990er Jahre aufgreifend wäre es nützlich, erneut zu Ansätzen für Konversionskonzepte zu kommen.

Außerparlamentarisch gilt es für niedersächsische Initiativen zum einen darum, die Aktivitäten zum 2010 in Kiel stattfindenden Dialog zu unterstützen, zum anderen darum, den Zeitraum bis zur nächsten in Celle stattfindenden Konferenz zu einer tiefergehenden Vernetzung von friedenspolitischen und antimilitaristischen Gruppen in Niedersachsen zu nutzen. Dafür wäre zum Beispiel denkbar, im Anschluss an die Kieler Tagung in Hannover einen bündnispolitischen Ratschlag zu initiieren.

Auf dem diesjährigen Friedensratschlag in Kassel am 5./6.12.2009 hat Conrad Schuhler in einem Referat zum Thema „Wie friedensfähig ist der Kapitalismus?“ eindrücklich darauf hingewiesen, dass der globale Kapitalismus auf die globale militärische Kontrolle drängt und die „Rohstoff- und Energiesicherheit“ zum „Verteidigungsfall Nr. 1“ werden wird.⁶³

„Die Stakeholder der kapitalistischen Globalisierung – damit sind gemeint die Transnationalen Konzerne; die kapitalistischen Hauptländer des Westen und die schnell aufschließenden Schwellenländer – profitieren allesamt von der Kooperation im Rahmen von Global Governance, während bei kriegerischen Konflikten die Nachteile weit überwiegen würden. Doch gilt diese Einschätzung nur für den Fall einer funktionierenden und wachsenden Weltwirtschaft. Wenn die in einer Krise zusammenbräche, würde die Gemeinschaft der Eliten von kapitalistischen Hauptländern und –konzernen ebenfalls auseinander fallen. Die jetzige Krise ist noch nicht überwunden, und die nächste kommt bestimmt. Der Wettlauf um knapper werdende Ressourcen und Märkte kann dann durchaus umschlagen in einen „heißen“ großen Krieg.“⁶⁴

Eine Linke in Deutschland und Europa wird nicht umhin kommen, sich über den Rahmen „Afghanistan“ hinaus intensiver mit dieser Bedrohung zu beschäftigen und die Friedenspolitik wieder mehr zu einem Schwerpunkt ihrer Politik zu machen. Denn, um mit Conrad Schuhler zu schließen:

„Ob die kapitalistischen Länder friedensfähig sind, wird davon abhängen, ob die Friedenskräfte die herrschende Kapitalfraktion daran hindern können, nach ihrer Logik zu handeln. Man muss dies für eine offene Frage halten. Also muss man es versuchen.“⁶⁵

⁶³ Schuhler, Conrad: Wie friedensfähig ist der Kapitalismus?. – URL: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/rat/2009/schuhler.html> (15.12.2009)

⁶⁴ ebd.

⁶⁵ Ebd.

Klaus-Peter Müller, Sprecher des Vorstands, Commerzbank AG: Sicherheit und Finanzmärkte – Überlegungen zur wirtschaftlichen Bedeutung eines öffentlichen Gutes (Vortrag vom 16.01.2007 vor dem LGAN)

Celler Appell

Rede des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, anlässlich des „Celler Trialogs“ in Celle: „Deutsche Sicherheitsinteressen und die Rolle der Bundeswehr“, am 5. Juni 2008

Rede des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, anlässlich des Celler Trialogs unter dem Thema "Sicherheit für Deutschland - Wirtschaft und Politik an der Seite der Bundeswehr" am 9. Juli 2009 in Celle

Celler Trialog beenden – Für eine Welt ohne Krieg! (Aufruf zur Bündnisdemonstration am 04.07.2009)

Bündnis gegen den Celler Trialog, Militarismus und Krieg: Erfolgreiche Bündnisdemonstration „Celler Trialog beenden – Für eine Welt ohne Krieg“ (Pressemitteilung vom 04.07.2009)

T h e m a

Klaus-Peter Müller

Sprecher des Vorstands, Commerzbank AG

Sicherheit und Finanzmärkte – Überlegungen zur wirtschaftlichen Bedeutung eines öffentlichen Gutes

Vortrag vom 16.01.2007 vor dem LGAN

Es ist wirklich keine Floskel, wenn ich feststelle: Es ist mir eine Ehre und eine große Freude, zu einer Elite von Offizieren zu sprechen – und mit Ihnen nachher zu diskutieren –, die sich in einem bekannt harten, aber fairen Ausleseprozess für den General- bzw. Admiralstabdienst qualifiziert haben.

Herzlichen Dank also für diese Einladung, die ich ebenso spontan wie gern angenommen habe. Denn mein persönliches Engagement wie das der Commerzbank für die deutschen Sicherheitskräfte und insbesondere für die Bundeswehr ist ernst gemeint.

Gestatten Sie mir, dass ich meine leicht verspäteten Neujahrswünsche für Sie alle verbinde mit nachträglichen, aber umso herzlicheren Glückwünschen zum 50-jährigen Bestehen der Führungsakademie. Ich schließe mich hierzu dem Urteil des Herrn Bundespräsidenten an, der diese Art und Weise, in der Bundeswehr „Talent, Leistung und Führungsbereitschaft systematisch ausfindig zu machen und zu fördern“, als vorbildlich für die demokratische Gesellschaft hervorgehoben hat. Und ich füge hinzu: Auch die Unternehmen können hiervon durchaus einiges lernen!

Als wir im Sommer letzten Jahres über diesen Vortrag sprachen, waren Admiral von Puttkamer und ich schnell einig, dass die wirtschaftlichen, vor allem die finanzwirtschaftlichen Aspekte der Sicherheit eine interessante Ergänzung zum Lehrgangsstoff der Führungsakademie sein könnten.

Lassen Sie mich daher – wie es hier gute Sitte ist – in drei Schritten vorgehen. Zunächst eine Begriffsklärung und Bestandsaufnahme, welche Rolle Sicherheit als öffentliches Gut für die Wirtschaft hat und welche Bedeutung und Größe den Finanzmärkten zukommt. In Teil II werde ich anhand konkreter Beispiele einschätzen und bewerten, in welchen Bereichen und in welchem Ausmaß vor allem die Finanzmärkte vom Faktor Sicherheit abhängig sind. Teil III bilden einige handlungsorientierte Schlussfolgerungen. Lassen Sie mich also mit grundlegenden Fakten und Überlegungen beginnen!

I

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es erscheint mir vor diesem Publikum überflüssig zu erwähnen, dass nach 1989 das „Ende der Geschichte“ nicht eingetreten ist. Francis Fukuyama und seine Nachbeter haben geirrt. Krisen, Kriege und Konflikte gehören keineswegs der Vergangenheit an.

Das Handbuch 2007 des Stockholmer SIPRI-Instituts zählt zwar 20 größere bewaffnete Konflikte (mit mehr als 1000 Toten pro Jahr), fast alle davon innerstaatlicher Natur, aber spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 ist klar: Die aktuellen Bedrohungsszenarien gehen weit über klassische Muster hinaus. Sie sind komplex, dynamisch und in der Regel asymmetrisch.

Folgerichtig musste der Sicherheitsbegriff erweitert werden. Das Weißbuch 2006 des Bundesverteidigungsministers stellt hierzu unter anderem fest: „Nicht in erster Linie militärische, sondern gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Bedingungen [...] bestimmen die künftige sicherheitspolitische Entwicklung.“

Dieser umfassende, vernetzte Sicherheitsbegriff hat zur Folge, dass sich weit mehr Akteure als früher mit sicherheitspolitischen Fragen und Maßnahmen befassen, darunter ganz selbstverständlich – auch – die Unternehmen.

Sie sind mehr denn je abhängig von weltweit stabiler, störungsfreier Kommunikation und Logistik. Das mag zwar zu Zeiten der alten Phönizier oder der Ostindischen Kompanie im 17. Jahrhundert prinzipiell ähnlich gewesen sein. Doch heute erfordert der Bau eines Autos allein 40 Rohstoffe und eine Vielzahl von Zulieferungen „just in time“, und preisgünstige elektrische Geräte kommen in der Regel vom anderen Ende der Welt zu den deutschen Verbrauchern.

Es ist also vollkommen klar, dass die Sicherheit und deren „Kehrwert“, das Risiko, enorme Bedeutung für die Wirtschaft haben.

Die Vorbeugung gegen und der Schutz vor unverhältnismäßig hohen Risiken – also die Bewahrung der Sicherheit – ist Sache der Allgemeinheit, das heißt des Staates. Einst war dies der Schutz vor dem äußeren Feind, der einfällt und die Bürger und ihr Eigentum bedroht.

Schon der klassische Ökonom Adam Smith, der in seinem Hauptwerk über den „Wohlstand der Nationen“ ansonsten völlig auf Marktwirtschaft und Unternehmertum baut, erkennt diese Notwendigkeit an. Er eröffnet das Kapitel über „öffentliche Ausgaben“ mit dem Satz – ich zitiere: „Nur eine Regierung, die Streitkräfte unterhält, kann ihre Hauptaufgabe erfüllen, das Land vor Gewalt und Angriffen anderer Staaten zu schützen“

Als zweiten akzeptablen Grund für öffentliche Ausgaben nennt er im Übrigen noch das Justizwesen, damit die Bürger auch darauf vertrauen können, ihr Eigentum nicht an räuberische Subjekte im eigenen Land zu verlieren.

Seither gehört zu den unbestrittenen Grundsätzen gerade der Sozialen Marktwirtschaft ein freiheitlicher Rechtsstaat, der innere und äußere Stabilität und Sicherheit garantiert.

Heutigen Ökonomen gilt die Landesverteidigung – im erweiterten Sinne also die „Produktion“ von Sicherheit – als das fast einzige verbliebene Beispiel für ein wirklich „öffentliches Gut“. Das heißt: ein Gut, das – wie Licht und Luft – allen gleichermaßen zur Verfügung steht, weil von dessen Nutzung mit vernünftigem Aufwand niemand ausgeschlossen werden kann. Für ein solches Gut ist kein Marktpreis zu ermitteln. Daher wird es von privaten Anbietern nicht zur Verfügung gestellt. Denn schon der zweite Nachfrager für dieses Gut würde versuchen, den Kaufpreis zu vermeiden und sozusagen als „Trittbrettfahrer“ den vollen Nutzen zu genießen – bei „null Kosten“.

Soviel zur Theorie der Volkswirte. Doch wir sind damit auch schon mitten im praktischen Kern des Problems: Jeder Teilnehmer am Wirtschaftsleben profitiert, wenn der Staat – über Streitkräfte, über Polizei und Justiz sowie Gesetze und Normen – für Sicherheit und Ordnung sorgt. Doch wer will dafür bezahlen, wer kennt den genauen Preis, und erst Recht: Wer kennt oder erkennt den Nutzen in Euro und Cent?

Klar dagegen ist: Investitionen in Sicherheit tragen eine positive Rendite. Maß und Grad zusätzlicher Aufwendungen für Sicherheit sind daher politische Abwägungsfrage.

Doch von einer „Überinvestition“ in diesem Bereich sind wir z.B. mit Militärausgaben von – nach Kaufkraft gerechnet – rund 380 Dollar pro Kopf in Deutschland ganz sicher noch ein ganzes Stück entfernt¹. Weltweit betragen die Militärausgaben nominal rund 1,2 Billionen Dollar jährlich. Hinzu kommen nicht gemessene zusätzliche Aufwendungen für Innere Sicherheit und Maßnahmen der Wirtschaft. Gewiss, das ergibt zusammengenommen eine beeindruckende Summe. Wenn diese aber dazu dient, die Sicherheit in der Welt zu erhöhen und die Risiken kontrollierbar zu halten, dann entsteht sofort eine enorme positive Rendite auf das eingesetzte Kapital.

Wir gewinnen davon eine gewisse Vorstellung, wenn wir uns in Szenarien eine Welt mit drastisch erhöhter Unsicherheit vorstellen.

¹ Zum Vergleich: USA 1760 \$, UK 850 \$, FR 760 \$, IT 490 \$.

Doch warum wären die Auswirkungen politischer Instabilität, unberechenbarer „failing states“, von Anarchie und Chaos gerade für die Finanzmärkte so unermesslich? Die Antwort liegt zunächst in deren schieren Größe.

Hierzu ein paar Fakten und Zahlen:

In Deutschland trägt die Finanzbranche mit 3,5 % zur Bruttowertschöpfung der Wirtschaft mehr bei als z.B. die – zurecht sehr hochgeschätzte – Automobilindustrie.

Fast genauso hoch wie die gesamte Welt-Wirtschaftsleistung eines Jahres – nämlich mit fast 50 Billionen Dollar – bewerteten die Investoren 2006 die weltweit ausgegebenen Aktien. Und noch höher ist die Marktkapitalisierung der Anleihemärkte mit 70 Billionen Dollar. Zählt man die weltweit vergebenen Bankkredite hinzu, kommt man allein in diesen drei Vermögenskategorien – sogenannten „Asset-Klassen“ – auf fast 200 Billionen Dollar.

Größte und wichtigste Funktion dieser Märkte ist es, anlagesuchendes Kapital – also vor allem private Ersparnisse und kurzfristig nicht benötigte Gelder von Unternehmen – in die lohnendsten Verwendungen zu lenken. Finanzmärkte bringen also Sparen und Investieren zum Ausgleich – nicht nur in einem bestimmten Land, sondern weltweit. Sie bewerten dazu laufend Chancen und Risiken von Anlagemöglichkeiten in sämtlichen Asset-Klassen, vom Tagesgeld bis zu Devisen-Termingeschäften und Gold. Sie übertragen ihre Entscheidungen aus den Handelsabteilungen der Banken mit Lichtgeschwindigkeit an die Börsen und anderen Handelssysteme, wo sich Angebot und Nachfrage treffen.

Sie tun dies mit unglaublicher Effizienz und bringen auf diese Weise kleinste Preisunterschiede zum Ausgleich, beseitigen also Ineffizienzen der Märkte und Informationsvorsprünge ihrer Teilnehmer. Auf diese Weise hat der Dollar oder ein bestimmtes, fungibles Wertpapier an allen Börsenplätzen der Welt fast immer denselben Preis.

Lassen Sie mich an dieser Stelle festhalten:

Finanzmärkte agieren erstens sehr schnell. Sie sind abhängig von technischen Systemen und unverfälschten Informationen.

Zweitens sind sie der unverzichtbare Effizienz-Filter der Marktwirtschaft. In der prinzipiell unbegrenzten Menge von Investitionsprojekten aller Kapital- und Kreditsucher trennen sie die Spreu vom Weizen. Sie arbeiten hierbei unendlich viel effizienter, als es in der Planwirtschaft der Fünfjahresplan und das Politbüro je gekonnt haben.

Drittens bilden sie einen weltweiten Reaktionsverbund, der auch große Finanzströme bewältigen kann.

Das ist deshalb so wichtig, weil wir gerade in den letzten Jahren weltweit wachsende Ungleichgewichte beobachten, die ohne moderne Finanzmärkte nicht zum Ausgleich gebracht werden könnten.

Am deutlichsten wird das anhand der Schwellenländer – der Emerging Markets. Sie exportieren in zunehmender Menge Waren und Rohstoffe in die Industrieländer, davon sehr viel natürlich in die USA. Die dabei erlösten Dollar legten sie bisher vor allem in amerikanischen Regierungsanleihen an. Auf diese Weise hat allein China Währungsreserven in Höhe von 1,5 Billionen Dollar angesammelt.

Die Schwellenländer verzeichneten 2006 durch ihre Auslands-Investments einen Kapitalabfluss von 1700 Mrd Dollar. Dem entsprachen Kapitalzuflüsse von 1860 Mrd Dollar in den Vereinigten Staaten.

Somit hängt das Wohl und Wehe der Vereinigten Staaten besorgniserregend von der Bereitschaft weltweiter, vor allem asiatischer Investoren ab, ihr Geld in den USA anzulegen. Ihren verdankt es also die amerikanische Regierung, dass sie hohe Haushaltsdefizite und Rüstungsbudgets finanzieren kann. Denn die Bürger der größten politischen und wirtschaftlichen Macht der Welt konsumieren und investieren zwar seit Jahren mit bewundernswerter Dynamik. Sie sparen aber so gut wie nichts. Das heißt, sie müssen zum Ausgleich für ihre enormen Importüberschüsse, Haushaltsdefizite und Kapitalexporte Jahr für Jahr ein Leistungsbilanzdefizit zwischen 700 und 800 Mrd Dollar ausgleichen – und das geht nur mit Hilfe von Kapitalimporten in dieser enormen Höhe.

Das gelingt, weil sozusagen „die ganze Welt“ für die USA spart. Euroland hat zwar eine nahezu ausgeglichene Leistungsbilanz, doch Japan und selbst Schwellenländer exportieren inzwischen in großem Umfang Kapital, um das inländische Spardefizit Amerikas zu kompensieren. Doch die Finanzmärkte stellen auch hierfür die nötigen Umwälzpumpen zur Verfügung.

So viel zum Sachstand, meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich diesen ersten Teil zusammenfassen und noch einmal ganz klar machen, worum es mir heute geht.

Ich spreche nicht über die „reale Wirtschaft“, das heißt über Unternehmen, Produktion und reale Güter wie Maschinen und Autos. Ich konzentriere mich stattdessen auf die Finanzmärkte, die diese realen Prozesse in Geldkapital abbilden und sie gewissermaßen „umhüllen“.

Wenn wir Volumen und Leistungskraft dieser Märkte betrachten, wird sofort klar, dass sie zur Stabilität in der Welt beitragen. Doch auch das ist nicht mein Thema.

Mir geht es vielmehr um die umgekehrte Wirkungsrichtung: wie sich instabile politische Verhältnisse und Unsicherheit auf die Finanzmärkte und ihre Leistungsfähigkeit auswirken.

Zwar sind Finanzmärkte dazu bestimmt und sie sind auch in der Lage, normale Risiken der Wirtschaft wie der Politik zu verarbeiten. Sie sind aber empfindlich und gefährdet gegenüber außergewöhnlichen Risiken des Typs „low frequency, high magnitude“.

Typische Ursachen hierfür sind Kriege und politische Krisen. Typisch ist auch die extreme Asymmetrie der potenziellen Konflikte, die vor allem in der Terrorgefährdung zutage tritt.

Die nordirische IRA hat es – ausgesprochen zynisch – angeblich einmal so auf den Punkt gebracht: „You have to be successful all the time – we only once.“

Finanzmärkte sind Spiegelbilder der Wirtschaft. Ihre empfindlichen Instrumente schlagen aus, wenn sich ungewöhnliche Risiken realisieren oder abzeichnen.

Selbstverständlich können sie in bestimmten, ungünstigen Konstellationen Gefahrenlagen auch verstärken und weltweit übertragen. Hier kann ihre ansonsten segensreiche Wirkung ins negative umschlagen. Denn heute kann die Krise eines – sagen wir – asiatischen Staates ohne weiteres dazu führen, dass Investoren kurzfristiges Geld auch aus Lateinamerika abziehen und am Ende selbst die Refinanzierungskosten für amerikanische und europäische Unternehmen steigen.

Doch wie gesagt: Auch solche Rückwirkungen und Ansteckungseffekte stehen für mich nicht im Vordergrund. Sie verstärken höchstens die Bedeutung der Sicherheit für die Weltwirtschaft.

Sondern wir wollen die Risiken für die Finanzmärkte betrachten und deren konkrete Auswirkungen.

II

Gesamtwirtschaftlich lassen sich drei Schadenskategorien unterscheiden:

Erstens: Tragische Verluste an Leib und Leben sowie Vermögensschäden, wenn also Gefahren wirklich eingetreten sind. So gilt „9/11“ als größter Versicherungsfall der Geschichte mit geschätzten Kosten von rund 30 Mrd Dollar.

Höher noch sind aber zweitens meist die präventiven Kosten zur Vermeidung von Schäden bzw. zur Erhöhung der Sicherheit – von der Zusatzversicherung gegen Terroranschläge bis zum professionellen Risiko- und Business Continu-

ity Management – ich komme im Zusammenhang mit den Banken noch darauf zurück².

Grundsätzlich gilt: Jeder zusätzliche Wachmann, jede zusätzliche Rolle Staheldraht um wichtige Industrieanlagen und jede neue Warteschlange am Flughafen ist eine im Grunde unnötige, unproduktive Investition. Sie könnte für Forschung und Entwicklung, bessere Dienstleistungen oder produktivere Maschinen viel sinnvoller verwendet werden.

Schäden und direkte Kosten zur Prävention sind einigermaßen quantifizierbar. Dies ist bei der dritten und vielleicht wichtigsten Kategorie dagegen nahezu unmöglich: bei jenen Kosten, die einer Volkswirtschaft nicht durch „Unternehmen“ entstehen, sondern durch risikobedingtes Unterlassen.

Ich meine z.B. Investitionen, die wegen Kriegsgefahr oder politischer Instabilität unattraktiv werden, weil sich z. B. keine private Versicherung für sie findet, oder etwa jene Reisen, die aus Sicherheitsgründen nicht angetreten werden, seien sie geschäftlich oder zu touristischen Zwecken.

Die Finanzmärkte selbst sind an mehreren Stellen verwundbar.

1 Zunächst reagieren sie als Seismographen der Realwirtschaft auf die eben beschriebenen drei Schadenskategorien mit Risikoaufschlägen, vor allem natürlich auf zusätzliche Kosten und niedrigere Gewinne.

Wir beobachten solche nervösen Reaktionen z.B. auch schon dann, wenn die Rohstoffsicherheit der Wirtschaft gefährdet ist. Gerade die deutsche Wirtschaft ist ja außerordentlich abhängig von einer sicheren Versorgung mit Rohstoffen, weit über Öl und Erdgas hinaus. So stammen über die Hälfte der weltweit produzierten metallischen Rohstoffe aus politisch instabilen Ländern. Beispielsweise entfallen 50 % der Welt-Kobalt-Produktion auf nur zwei Länder - den Kongo und Sambia. China, einer der größten und dynamischsten Nachfrager auf dem Weltmarkt, sichert seine Rohstoffbasis inzwischen durch gezielte Unternehmenskäufe, durch finanzielle und politische Hilfen, und schließlich auch mittels Importbegünstigungen und Exportbeschränkungen.

Dagegen haben viele deutsche Unternehmen Exploration und Förderung metallischer Rohstoffe aus dem Katalog ihrer Kernaufgaben gestrichen. Während die Rohstoff-Beschaffung zu möglichst günstigen Preisen jedoch weiter Auf-

²Zwar gilt auch hier: Was dem einen schadet, frommt dem anderen, und es ist ein großer Markt für Sicherheitsleistungen entstanden, an dem kräftig verdient werden kann. Der weltweite Markt für „Homeland Security“ soll eine Größenordnung von 50 bis 60 Mrd Dollar haben und mit jährlichen Raten bis 10% wachsen. Der Bundesverband des deutschen Groß- und Außenhandels schätzt allein die direkten Kosten der deutschen Wirtschaft für sämtliche Sicherheitsmaßnahmen in den Betrieben auf 1/10 der Logistikkosten, mithin rund 10 Mrd. Euro.]

gabe der Unternehmen bleiben muss, ist die Politik gefordert, wenn es um die Lösung politischer Versorgungsprobleme geht³.

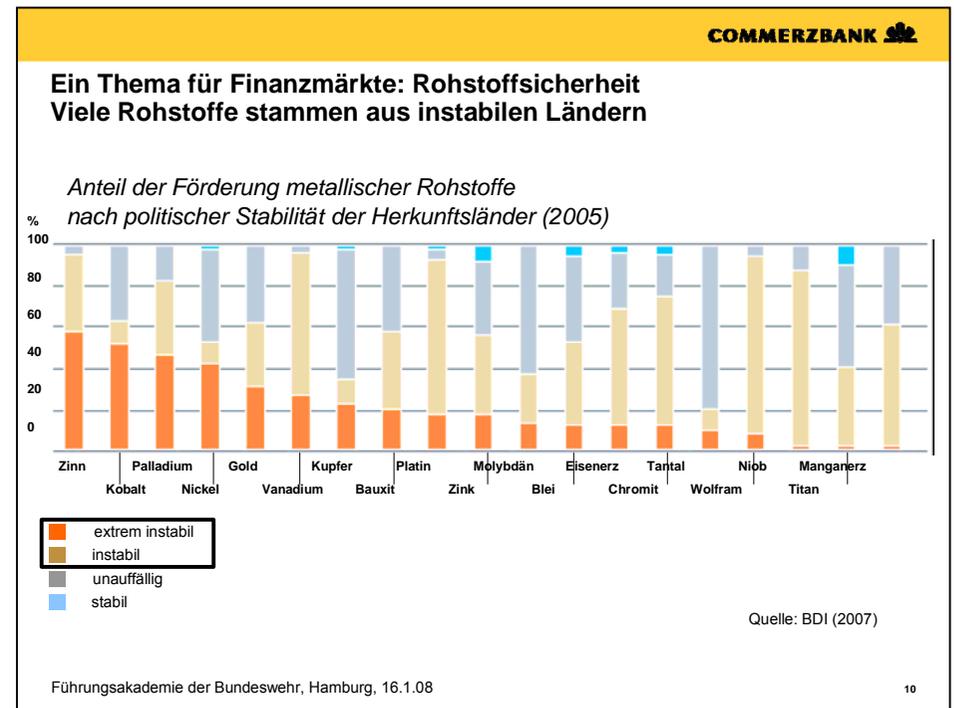


CHART 10: Ein Thema für Finanzmärkte: Rohstoffsicherheit

Doch neben den Störimpulsen aus der Realwirtschaft sorgen zwei weitere Aspekte dafür, dass Finanzmärkte besonders gefährdet sind.

Zum einen hängen sie von einer kritischen, leicht verwundbaren Infrastruktur ab, vor allem von intakten Nachrichtenverbindungen und IT-Netzen.

Denn der Grad der Automatisierung und Technisierung ihrer Prozesse ist extrem hoch – entsprechend groß ist das Risiko einer noch so geringen Störung.

Zur Illustration: Die Deutsche Börse erwartet für ihr Handelssystem Wettbewerbsvorteile, weil sie künftig die durchschnittliche Laufzeit einer Wertpapierorder vom Auftraggeber zur Börse und zurück um weitere 4 Millisekunden sen-

³ Der BDI fordert daher einen Interministeriellen Ausschuss für Rohstoffpolitik.

ken kann. Und an den Welt-Devisenmärkten wird täglich die fast unvorstellbare Summe von 3,2 Billionen Dollar gehandelt.

Als Vorstand einer international aufgestellten Großbank kann ich abschätzen, wieviel Schaden auch nur wenige Minuten oder Stunden, geschweige denn Tage anrichten würden, in denen weltweite Zahlungsverkehrssysteme oder andere empfindliche IT-Systeme gestört würden oder ganz stillstünden.

Nur sehr selten – in sorgsam geheimgehaltenen, sogenannten „Stress-Tests“ von Bankenaufsehern und Zentralbanken – wird der Versuch unternommen auszurechnen, was der Eintritt solcher Risiko-Szenarien für die Wirtschaft in Dollar und Euro bedeuten würde – in Form von direkten Vermögensverlusten oder zusätzlichen Kosten.

Daher haben Finanzdienstleister schon weit vor „9/11“ Ersatzrechenzentren eingerichtet und üben regelmäßig „generalstabsmäßig“ den Ernstfall – also z.B. Erreichbarkeit und Einsatz von Schlüsselpersonen bei Ausfall großer Teile der üblichen Infrastruktur oder der Belegschaft.

An der Stabsrahmenübung LÜKEX 2007 unter Annahme einer Pandemie in Deutschland war die Commerzbank ebenfalls aktiv beteiligt. Und im Rahmen der militärisch-zivilen Zusammenarbeit ist einer unserer Mitarbeiter im Range eines Majors d. R. einer von drei Offizieren des Kreis-Verbindungskommandos Frankfurt, das bei Krisen die Unterstützung der Bundeswehr für die Stadt Frankfurt koordiniert.

Trotz allem aber bleiben zahlreiche Gefahrenpunkte und Unwägbarkeiten. Umso beharrlicher und umso kostspieliger müssen die Vorkehrungen sein.

2 Der zweite, spezifische Faktor der Finanzmärkte ist ihre Vertrauensabhängigkeit.

Es geht hier um die psychologische Wirkung auf die Bevölkerung, falls der Staat und die Wirtschaft beim Schutz dieser kritischen Infrastruktur versagen. Denn es bedeutet kaum einen Unterschied, ob die Versorgung mit Trinkwasser oder die mit Bargeld unterbrochen wird.

In beiden Fällen wird das Vertrauen in die Fähigkeit erschüttert, für die Bürger essentielle Lebensbereiche effektiv zu schützen. Nicht umsonst wird der Schutz der Funktionsfähigkeit des Finanzsystems auch von strengen Marktwirtschaftlern als Staatsaufgabe ausdrücklich anerkannt.

Im schlimmsten Fall kommt es zu einem Run auf die Bankschalter und zum Zusammenbruch der gesamten Geld- und Währungsordnung.

Meine Damen und Herren, betrachten wir jetzt die Reaktion der Finanzmärkte auf extreme Verunsicherung noch etwas genauer, und zwar am Beispiel der Risikoaufläufe rund um den 11. September 2001.

Damals ließ sich wie unter einem Mikroskop als kurzes Aufflackern beobachten, wie sensibel Finanzmärkte auf neue, erhöhte und kaum kalkulierbare Risiken reagieren. Zwischen dem 11.9. und dem 7.10. 2001 stieg die Zinsdifferenz – der sogenannte „spread“ – zwischen Anleihen aus Schwellenländern und US-Treasury-Bonds um 1,8 Prozentpunkte. Das sind in der Sprache der Börsianer 180 Basispunkte.

Dass die Märkte schon kurz darauf wieder zur Normalität zurückfanden, war allein der Tatsache geschuldet, dass es sich allem Anschein nach um ein singuläres Ereignis gehandelt hatte – und so hoffen wir noch heute.

Es gibt – glücklicherweise – keine empirischen Daten dafür, wie die Märkte auf eine anhaltende Erhöhung des Risikoniveaus in Politik und Wirtschaft reagieren würden, etwa auf eine ganze Kette von Anschlägen oder auf ein längeres, den Rohstoff-, Waren- und Personenverkehr massiv behinderndes Szenario.

Auf dem Chart haben wir daher einmal angenommen bzw. mit der zweiten, oberen Linie fingiert, der damalige Zinsanstieg hätte sich nicht wieder zurückgebildet, sondern wäre in voller Höhe bestehen geblieben. Dann wären die Kosten für die Weltwirtschaft in der Tat immens ausgefallen.

Lassen Sie mich das anhand eines Beispiels veranschaulichen.

Allein die privaten Unternehmen und Banken haben weltweit Schuldverschreibungen in Höhe von 43 Billionen Dollar begeben.

Stiegen aufgrund einer verschärften globalen Gefahreinschätzung die Risikoprämien auf dieses Bondvolumen dauerhaft nicht – wie nach dem 11. September – um 1,8 Prozentpunkte, sondern nur um ein Zehntel Prozentpunkt, also 10 Basispunkte oder 1 Promill, dann entstünden rein rechnerisch zusätzliche Zinslasten bzw. Vermögensverluste von 43 Mrd Dollar pro Jahr.

Und dies ist ein bewusst niedrig gegriffenes Beispiel. Von den Verlusten für Aktienbesitzer und Anleger der vorhin erwähnten, anderen Finanzanlageformen einmal ganz abgesehen.

Eine solche Prämie für die allgemeine politische Unsicherheit wirkt wie eine Steuer oder wie eine Zwangs-Versicherung. Sie ist nicht zu umgehen, taucht aber in kaum einer Gewinn- und Verlustrechnung als gesonderter Posten auf. Dies ist das eingangs erwähnte Problem des „öffentlichen Gutes“.

Meine Damen und Herren, aus all dem folgert: In einer vernetzten, globalisierten Welt ist politische und wirtschaftliche Stabilität ein wertvoller und wichtiger Produktionsfaktor.

Eine deutliche Verschlechterung der Sicherheitslage würde aber auch generell Freiheit und Wohlstand bedrohen oder zumindest stark einschränken. Denn es käme eine negative Abwärtsspirale in Gang:

In der ersten Runde steigende Kosten, sinkende Gewinnchancen, erhöhte Risikoprämien.

In der zweiten Runde würden Investoren reflexartig sichere Anlagen bevorzugen, darunter mit Vorliebe solche „in Sichtweite“, also möglichst im Heimatmarkt. Doch eine massive „Flucht“ z.B. in Staatsanleihen oder Gold ist nicht nur wenig produktiv, sie entzieht dem privaten Sektor auch zusätzlich Kapital oder verteuert es. Weitere, sinnvolle Investitionen selbst im verhältnismäßig sicheren Inland würden daher unterbleiben.

Im Ergebnis würden Ersparnisse und Kapital nicht mehr dorthin fließen, wo sie den größten Nutzen bringen.

Am Ende wäre die Freiheit der Märkte selbst bedroht, denn in solchen Situationen neigen Regierungen zu protektionistischen Reflexen, zur Abschottung und Rückbesinnung auf „nationale Interessen“.

Ich halte es jedoch zunächst für legitim, wenn aufstrebende Schwellenländer ihre in aller Regel redlich erarbeiteten oder jedenfalls legal aus dem Wüstenland geförderten Leistungsbilanzüberschüsse nicht nur in Staatsanleihen anlegen wollen, sondern auch in etwas rentableren Unternehmensbeteiligungen. Und ich halte es für eine vorläufig unbewiesene Behauptung, dass sie das missbräuchlich oder mit strategisch-politischer Absicht tun werden, gewissermaßen als „Fortsetzung der Wirtschaftspolitik mit anderen Mitteln“.

Dass es für sicherheitsempfindliche Bereiche etwa der Wehr- und Verschlüsselungstechnik Sonderregelungen bei Unternehmensübernahmen geben muss, ist selbstverständlich.

Doch diese existieren und bewähren sich ja bereits und können – wo erforderlich – aktualisiert und präzisiert werden.

In jedem Fall rate ich gerade angesichts des Argwohns der Finanzmärkte gegenüber jeder protektionistischen Reglementierung zu größter Behutsamkeit des Gesetzgebers. [In London und Zürich entwerfen die Finanzhäuser bereits Marketingstrategien, um diese spezielle, aber ausgesprochen potente Anlegerklasse optimal bedienen zu können.]

Meine Damen und Herren, das Resümee am Ende dieses zweiten Teils ist kurz und einfach:

Wird das normale und für eine Wirtschaft als Leistungsanreiz sogar wichtige Niveau an Unsicherheit anhaltend überschritten, legen sich die Nachteile der Unsicherheit wie Mehltau über das gesamte politische, soziale und ökonomische System. Jeder ist davon betroffen, vom Unternehmer bis zum privaten Anleger.

So hat auch jeder zukünftige Rentner ein Interesse an weltweit attraktiven, das heißt aber auch von plötzlichen „Event-Risiken“ möglichst freien Kapitalmärkten. Denn angesichts der demographischen Entwicklung in Deutschland sowie der Verschiebung im wirtschaftlichen Kräfte-Parallelogramm der Welt ist die private Altersvorsorge unseres Landes künftig auf höhere Erträge aus dem Ausland angewiesen.

Dass die Rendite der Sicherheit aber nicht deutlicher wahrnehmbar ist, vielmehr in friedlichen Zeiten als selbstverständlich hingenommen wird, das ist die Crux. Das Bewusstsein für diesen Zusammenhang zu schärfen, ist daher der Auftrag.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zu den abschließenden Folgerungen, dem „so what?“ meines Vortrags.

III

Ich halte folgende Aufträge für vordringlich – es sind Aufträge zur Analyse und vor allem zur Kommunikation:

1 Erstens und vor allem anderen brauchen wir eine klarere, ja vielleicht seit langem wieder eine erste, klare Definition der Sicherheitsinteressen unseres Landes. Hier hat das Weißbuch einen gewissen Anstoß gegeben, doch der Ruf ist meines Erachtens fast ohne Echo verhallt. Ohne eine solche Definition lebt es sich zweifellos einfacher, nach dem Motto: „Wer kein Ziel hat, trifft immer.“ Doch das können und dürfen wir uns nicht mehr länger leisten, angesichts der ernststen Bedrohungslage einerseits und unserer wachsenden internationalen Verantwortung andererseits.

Um ein bekanntes Diktum zu verwenden: Deutschland ist immer noch ein „ökonomischer Riese“. Es darf und kann sich nicht auf Dauer als „politischer Zwerg“ verstecken.

2 Zweitens müssen wir einen engeren Schulterschluss zwischen Politik, Bundeswehr und Wirtschaft herstellen. Auf das hierfür nutzbare, aber in meinen Augen fast sträflich vernachlässigte Potenzial in der Wirtschaft tätiger Reserveoffiziere weise ich gern und deutlich hin. Die Commerzbank hat auf mein Betreiben mehrere Initiativen ergriffen, um den sicherheitspolitischen Dialog mit der Wirtschaft zu fördern.

- Bereits viermal haben wir die Veranstaltung „Die Wirtschaft an der Seite der Bundeswehr“ ausgerichtet. Wir führen hierbei hochrangige Führungskräfte der Wirtschaft, die bislang keinen oder nur geringen Kontakt zur Bundeswehr hatten, mit hochrangigen Offizieren aus dem Ministerium sowie Kom-

mandeuren der Bundeswehr zusammen. Mit Vorträgen – zuletzt des Inspektors Heer, General Hans-Otto Budde –, in der Diskussion oder beim anschließenden Abendessen mit Serenade des Heeresmusikkorps ergeben sich regelmäßig eine Vielzahl neuer, interessanter Kontakte und Erkenntnisse.

- Dasselbe gilt für den 2007 von uns zusammen mit der 1. Panzerdivision ins Leben gerufenen „Celler Dialog“. Auch dieses Jahr treffen sich im Juni Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Bundeswehr zum Generalthema „Sicherheit für Deutschland – Sicherheit durch Deutschland“. Bundesverteidigungsminister Jung hat seine Teilnahme als Keynote Speaker zugesagt.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Es lässt sich etwas tun, es bewegt sich etwas! Wir wollen durch Dialog und Diskussion dafür sorgen, dass bei Entscheidungsträgern in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik das Verständnis für die Belange der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wächst.

Insbesondere sollten wir uns aber bemühen, bei den im Bundestag vertretenen Parteien klare Positionen zu beziehen

3 Drittens geht es um eine sehr viel breitere gesellschaftliche Diskussion sicherheitspolitischer Fragen in der Gesellschaft und der Bevölkerung ganz allgemein.

Denn es gibt nach meiner festen Überzeugung auch eine Art Treuepflicht der Gesellschaft gegenüber ihren Soldaten. Das heißt konkret: Als Besteller und „Hauptabnehmer“ des Gutes „Sicherheit“ der Bundeswehr müssen wir alle auch die nötige Gegenleistung erbringen.

Und die besteht nicht nur in materieller Unterstützung, also ausreichenden Haushaltsmitteln und rechtzeitiger Zuführung der erforderlichen Ausrüstung. Sie besteht auch darin, der Bundeswehr ideelle Rückendeckung zu geben, sie mit ihren Aufträgen also nicht allein zu lassen, sondern allen Soldaten – und deren Angehörigen! – das Gefühl zu geben, dass ihr Einsatz Anerkennung und Unterstützung findet.

Die Bundeswehr braucht als Flankenschutz dringend diesen gesellschaftlichen Konsens.

Zwar stellen Demoskopen – wie zuletzt das Allensbacher Institut – regelmäßig fest, dass die meisten Deutschen nicht grundsätzlich gegen die Bundeswehr eingestellt sind und auch Auslandseinsätze und aktive Terrorabwehr nicht ablehnen. Aber es wirkt bedenklich und wenig konsequent, ja, fast schon etwas schizophren, dass dieselben Befragten mehrheitlich gegen den Afghanistan-Einsatz sind.

Bundespräsident Köhlers Diagnose vom „freundlichen Desinteresse“ der Deutschen gegenüber der Bundeswehr, die er schon 2005 bei der Kommandeurs-tagung gestellt hat, gilt leider unvermindert.

Wir müssen daher noch viel intensiver für die Erkenntnis werben: Wer am Hindukusch Ausbildungslager für Terroristen aushebt, senkt nicht nur die allgemeine Prämie für Unsicherheit in der Wirtschaft und an den Finanzmärkten, sondern er tut etwas enorm Wichtiges für unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität und Entwicklung, konkret: für Demokratie und Freiheit, für Arbeitsplätze und Rente.

4 Viertens und schließlich brauchen wir diesen Dialog und diesen Konsens, weil wir uns Klarheit über künftige Bedrohungsszenarien verschaffen müssen. Zentrale, aber in ihrer Auswirkung noch gar nicht voll überschaubare Stichworte sind Cyber-Terrorismus und neue Formen des Wirtschaftskriegs. Denn wir müssen uns darauf einstellen, dass der Gegner sich die Funktionsmechanismen der modernen Wirtschaft zunutze machen will, die zugleich ihre Schwachpunkte sind. Hierzu gehört unter anderem die Anfälligkeit der weltweiten Finanzmärkte gegen Störungen und Sabotage. Aber auch subtilere Formen sind denkbar wie gezielte Desinformation, Spionage, Manipulation und Attacken auf Image und Reputation von Unternehmen oder ganzen Branchen.

Es gibt bekanntlich eine Reihe von Staaten, denen wir zum Teil freiwillig im Zuge von Lizenzfertigungen Hochtechnologie – vom Airbus bis zum ICE 3 – liefern, die aber meinen, „Copyright“ bedeute „the right to copy“. Umso wichtiger sind internationale Regeln und Institutionen wie z.B. die Welthandelsorganisation WTO, die versuchen können, allzu großer Verwilderung der Sitten auch auf diesem Gebiet Einhalt zu gebieten.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang einen Hinweis auf unsere französischen Nachbarn. Voller Selbstverständlichkeit gibt es dort seit über 10 Jahren eine „Ecole de guerre économique“. Sie soll Manager auf moderne Formen wirtschaftlichen, d.h. auch teilweise unfairen Wettbewerbs in der Welt vorbereiten. Man stelle sich einmal die öffentliche Reaktion vor, gäbe es in Berlin eine „Schule für Wirtschaftskrieg“.

Ich bin mir auch nicht ganz sicher, ob wir es unseren Verbündeten direkt nachtun sollten. Dagegen bin ich mir völlig sicher, dass wir in Deutschland zweierlei brauchen:

Einen entspannteren, zugleich professionelleren Umgang mit dem Thema Sicherheit einerseits.

Andererseits mehr strategisches Denken. Das scheint uns im Laufe der Jahrzehnte so weit abhanden gekommen zu sein, dass der Mangel nicht mehr zu

übersehen ist und fast gefährlich wird. Ich erinnere an das Stichwort „Rohstoffsicherheit“.

Und möglicherweise gibt es in solchen Fragen auch ein gewisses Forschungsdefizit der Universitäten und Hochschulen in unserem Land.

IV

Meine Damen und Herren, ich hoffe, mein Parforceritt durch Aufgabe, Wirkungsweise und Gefährdungslage der Finanzmärkte war nachvollziehbar, und es schallt mir nicht gleich die bekannte, aber ernüchternde Erkenntnis entgegen: „I'm still confused, but on a higher level.“

Ich hoffe zugleich, ich konnte mit meinen Lageeinschätzungen und Appellen deutlich machen, warum die Commerzbank und ich selbst voll und ganz hinter der Idee eines intensiveren sicherheitspolitischen Dialogs stehen.

Die nüchterne Einschätzung der gewachsenen Anforderungen an die Streitkräfte sowie alle anderen Träger der Sicherheits- und Verteidigungspolitik verbindet sich mit Respekt für das Geleistete, aber auch mit der Sorge darum, wie diese ihre immer schwierigeren Aufträge erfüllen können.

Hinzu kommt die Erkenntnis, dass hier nur gezielte Kommunikation weiterhilft. Es geht um die Vermittlung schlichter Fakten und auf diesem Wege um die Bil-

dung gemeinsamer Überzeugungen.

Denn diese brauchen wir, um international bündnisfähig zu bleiben, um weltweit erfolgreich zu sein und nicht zuletzt, um unseren Wohlstand und unsere Lebensform, ja die gemeinsamen Werte unseres Staates und unserer Gesellschaft zu bewahren.

Wir werden unserer gewachsenen, neuen Rolle nur gerecht, wenn wir – und damit meine ich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft –, wenn wir gemeinsam diese Verantwortung ebenso bewusst wie selbstbewusst annehmen!

Für den Beitrag, den Sie durch Ihren Offiziersdienst in der Bundeswehr dazu leisten, gebührt Ihnen jeder Dank der Gesellschaft. Und ich spreche Ihnen meine uneingeschränkte Anerkennung mit Überzeugung, Respekt und Freude aus!

Fazit: Vier Aufträge und zwei Schlussfolgerungen

1. Deutsche Sicherheitsinteressen definieren!
 2. Schulterschluss Bundeswehr - Wirtschaft - Politik verbessern!
 3. Verständnis und breite gesellschaftliche Diskussion fördern!
 4. Künftige Bedrohungsszenarien analysieren!
- professionellerer Umgang mit dem Thema Sicherheit!
→ strategischer und langfristiger denken!



*Die Bundeswehr im Einsatz für unsere Sicherheit –
Wirtschaft und Politik an der Seite der Bundeswehr*

Celler Appell

Seit der Wiedervereinigung nimmt Deutschland eine gewachsene internationale Verantwortung wahr. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind Ausdruck dieser größeren internationalen Rolle als Beitrag Deutschlands zu Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt; sie prägen Deutschlands Bild im Ausland entscheidend. Deutschland ist durch die Globalisierung enger denn je mit den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen anderer Staaten verbunden. Als rohstoffarmes, exportorientiertes Land ist Deutschland auf Stabilität und Sicherheit angewiesen.

In Deutschland haben die öffentliche Wahrnehmung von Bundeswehr und Sicherheit, sowie die Einsicht in die Notwendigkeit, für die eigene Sicherheit einen entsprechenden Beitrag zu leisten, indes nicht mit den gewachsenen Aufgaben Schritt gehalten. Vernetzte Sicherheit, zu der sich die Bundesregierung in ihrem Weißbuch 2006 bekannt hat, ist auf ein stärkeres öffentliches Bewusstsein und verbessertes Ineinandergreifen der einzelnen Bereiche politischen Handelns und der Wirtschaft angewiesen. Der Celler Trialog ist eine Initiative der Commerzbank und des Bundesministeriums der Verteidigung. Er hat sich zum Ziel gesetzt, den Austausch zwischen Bundeswehr, Politik und Wirtschaft weiter voranzubringen. Aus diesem Grunde sind heute in Celle zum zweiten Mal über 100 Vertreter aus Wirtschaft, Bundeswehr, Politik und Gesellschaft zusammen gekommen. Sie bekräftigen in diesem „Celler Appell“ ihre Erwartungen an den künftigen Dialog:

- Wir halten den sicherheitspolitischen Ansatz, wie er im Weißbuch 2006 in den Grundzügen ausgeführt ist, für richtig, und wir unterstützen diesen Ansatz in großem Einvernehmen.
- Wir sind der Auffassung, dass die klare Definition der sicherheitspolitischen Interessen unseres Landes dazu beiträgt, das politische und wirtschaftliche Gewicht Deutschlands auf internationaler Ebene angemessen einbringen zu können.
- Wir brauchen eine intensivere sicherheitspolitische Debatte in Deutschland, um die Bedeutung von Sicherheit für die Zukunft unseres Landes und das Verständnis für die Auslandseinsätze der Bundeswehr verbreitern zu können.

- Weltweite Sicherheit und Stabilität tragen eine positive Rendite für die Wirtschaft - in Form niedrigerer Kosten und Risikoprämien, besserer Investitionsbedingungen, höherer Erträge, und auch in Form freier Märkte, auf die unser Land ganz besonders angewiesen ist. Aber auch jeder einzelne Bürger profitiert vom wirtschaftlichen Erfolg als Grundlage für Wohlfahrt und sozialen Frieden in Deutschland. Sicherheit und Stabilität sind daher ein hohes Gut und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Dieses Gut hat seinen Preis, und auch in Deutschland müssen Wirtschaft und Gesellschaft bereit sein, diesen Preis zu entrichten und einen unserer Wirtschaftskraft entsprechenden Beitrag zu leisten.

- Wir brauchen einen engeren Schulterschluss zwischen Wirtschaft, Politik und Bundeswehr, um ein besseres Verständnis für die Aufgabenstellung des jeweils anderen zu erreichen und die Suche nach innovativen Lösungen zu verstärken.

Vor diesem Hintergrund werden unter anderem drei konkrete Maßnahmen vereinbart:

1. Zur Vertiefung des Dialogs zwischen Bundeswehr und Gesellschaft sollen künftig einmal im Jahr auf einem nationalen Forum, im Rahmen des Celler Dialogs, eine Bestandsaufnahme vorgenommen und weitere Schritte beschlossen werden. Damit wollen wir allen Entscheidungsträgern in Wirtschaft, Politik und Bundeswehr Impulse für die vertiefte sicherheitspolitische Diskussion geben.
2. Wir starten eine Initiative insbesondere zur Förderung der Reservisten in Industrie und Wirtschaft, zur Vertiefung der persönlichen Kontakte und zur Intensivierung der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Wir begrüßen die in den Gesprächskreisen erarbeiteten Anregungen, die hier als Orientierung dienen können.
3. Darüber hinaus wollen wir aktiv darauf hinwirken, dass der sicherheitspolitische Dialog auch in Forschung und Lehre, insbesondere an unseren Hochschulen, gestärkt wird, z.B. durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren und durch einen dauerhaften, praxisorientierten und wissenschaftlichen Austausch zwischen Wirtschaft und Bundeswehr.

Für die Teilnehmer

COMMERZBANK AG
Frankfurt am Main

COMMERZBANK 

Bundesministerium der Verteidigung
Berlin



**Bundesministerium
der Verteidigung**

Besondere Verantwortung tragen die Jugendoffiziere der Bundeswehr, die ebenfalls in diesem Jahr ihr 50-jähriges Bestehen feiern. Durch das Gespräch sowie die persönliche Begegnung tragen sie ganz entscheidend dazu bei, das notwendige Vertrauen in die Bundeswehr und die deutsche Sicherheitspolitik zu schaffen.

Die Bundeswehr kann jedoch nicht alleine für die sicherheits- und verteidigungspolitischen Debatten in unserem Land verantwortlich sein.

Gefragt ist die umfassende Auseinandersetzung mit diesen für uns alle existenziellen Fragen. Ich halte es für geboten, angesichts der Herausforderungen der 21. Jahrhunderts diese Diskussion nicht nur in den bewährten Fachzirkeln zu führen, sondern sie auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen.

Wir müssen noch mehr das Verständnis für den Auftrag der Bundeswehr bei den Bürgerinnen und Bürgern gewinnen. Dieses zentrale Anliegen der Inneren Führung ist heute notwendiger denn je. Innere Führung ist nur dann erfolgreich, wenn sie von allen gelebt wird.

Dafür brauchen wir gesellschaftliches Engagement. Dies ist eine zentrale Aufgabe des Beirats. Das Motto Ihrer festlichen Jubiläumsveranstaltung ist daher treffend gewählt, um die Innere Führung als Ausdruck des fortlaufenden Dialogs der Streitkräfte mit der Gesellschaft zu fördern.

Ich bin der Bundeskanzlerin für ihre Teilnahme besonders dankbar. Ihre heutige Rede zeigt die hohe Wertschätzung, die der Beirat für Fragen der Inneren Führung und unsere Führungsphilosophie im gesamten politischen Raum genießen.

Ich gratuliere dem Beirat für Fragen der Inneren Führung zu fünfzig Jahren erfolgreicher Arbeit für die Bundeswehr und für unser Land.

Allen Mitgliedern des Beirats, die sich im Verlauf von fünfzig Jahren für das Wohl unserer Soldatinnen und Soldaten eingesetzt haben, spreche ich meine Anerkennung und meinen Dank aus. Ich wünsche dem 12. Beirat weiterhin viel Erfolg in seiner Arbeit.

Vielen Dank!

Quelle: Homepage des Bundesministeriums der Verteidigung

**Rede des Bundesministers der Verteidigung,
Dr. Franz Josef Jung,
anlässlich des „Celler Dialogs“ in Celle
„Deutsche Sicherheitsinteressen und die Rolle der Bundeswehr“,
am 5. Juni 2008**

I.

Es ist mir eine besondere Freude, heute hier vor Ihnen zu sprechen.

Ich danke Ihnen, lieber Herr Müller, und Ihnen, Herr General Langheld, dass Sie die Initiative ergriffen haben, leitende Damen und Herren aus Wirtschaft, Politik und

Bundeswehr hier zum Gespräch über die deutsche Sicherheitspolitik und die Bundeswehr zusammenzubringen.

Es ist wichtig und dringend notwendig, über die Einbeziehung der Wirtschaft in den Vernetzten Ansatz nachzudenken und offen und problemorientiert zu diskutieren.

Denn das Sicherheitsthema verbindet uns und erfordert gemeinsame Anstrengungen. Wir können die vor uns liegenden Herausforderungen der Sicherheit auf die Dauer auch nur gemeinsam bewältigen – mit einer starken Wirtschaft, einer handlungsfähigen Politik und einer leistungsfähigen Bundeswehr.

Deswegen freue ich mich, dass Sie in den drei Gesprächskreisen zur Sicherheitspolitik, zur Personallage sowie zur Einbeziehung der Wirtschaft in die gesamtgesellschaftliche Sicherheitsvorsorge hier so konstruktiv, problemorientiert und offen diskutiert haben.

Wie fruchtbar diese Tagung ist, zeigt sich auch in seinem Ergebnis, dem „Celler Appell“, für den ich Ihnen allen meinen Dank aussprechen möchte.

II.

Im Herbst 2006 hat die Bundesregierung erstmals seit 12 Jahren ein Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands veröffentlicht. Es ist Bilanz, Standortbestimmung und Programm gleichermaßen. Das Weißbuch erläutert die Grundlagen deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wir wollen damit auch die dringend nötige öffentliche Diskussion auf eine breitere Grundlage stellen. Dem dient auch die heutige Veranstaltung.

Vier zentrale Aussagen des Weißbuchs möchte ich gleich zu Beginn hervorheben:

Wir müssen im Interesse des Schutzes unserer Bürger den Gefahren für unsere Sicherheit dort begegnen, wo sie entstehen.

Dafür ist ein umfassender, vernetzter Ansatz erforderlich, der neben militärischen auch politische, diplomatische, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Mittel vorsieht.

Wir brauchen ebenso eine bessere Zusammenarbeit von NATO, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen.

Die Transformation unserer Streitkräfte muss konsequent weiter umgesetzt werden, denn nur so kann die Bundeswehr dauerhaft ihren anspruchsvollen Verpflichtungen nachkommen sowie ihre Einsatzfähigkeit verbessern und langfristig erhalten.

III.

Sie haben mich gebeten, insbesondere auf die deutschen Sicherheitsinteressen und die Rolle der Bundeswehr einzugehen.

In ihrer Einleitung zum Weißbuch hat es unsere Bundeskanzlerin auf den Punkt gebracht:

„Deutschlands Gewicht in der internationalen Politik ist seit der Wiedervereinigung gewachsen. Größere Gestaltungsmöglichkeiten und Einfluss bedeuten auch Verpflichtung. Wir sind heute stärker als früher gefordert, Verantwortung in der Welt zu übernehmen.“

Die Sicherheit Deutschlands ist heute untrennbar verbunden mit den Entwicklungen in Europa und auch darüber hinaus.

Und zwar in beide Richtungen:

Zum einen bergen manche Vorgänge, die weit außerhalb unserer nachbarlichen Regionen stattfinden, potentielle Gefahren für Deutschland.

Zum anderen bedeutet es, dass Deutschland sich aus eigenem Sicherheitsinteresse daraus nicht heraushalten kann und will.

Deutschland ist bereit, gemeinsam mit seinen Verbündeten und Partnern sein Potential einzubringen, um den Frieden in der Welt zu fördern.

Zwei Veränderungen haben maßgeblichen Einfluss auf unser Sicherheitsumfeld:

Das Ende des Kalten Krieges, mit dem die Blockkonfrontation überwunden wurde.

Und die Globalisierung, mit der geographische Entfernungen zu den Krisengebieten der Welt ihre einstige Relevanz verloren haben.

Die Zeit des Kalten Krieges war ohne Frage gefährlich, aber es war auch eine Zeit, in der Gefahren leicht zu identifizieren waren.

Deutschland fühlt sich heute nicht mehr von regulären Streitkräften irgend eines fremden Landes bedroht.

Stattdessen sehen wir uns anderen Risiken, Gefahren und asymmetrischen Bedrohungen ausgesetzt.

Ganz oben steht der internationaler Terrorismus, der auf die Zerstörung unserer Gemeinschaften und unserer Werte abzielt.

Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme ist die potentiell größte Bedrohung, besonders wenn terroristische Vereinigungen und nichtstaatliche Akteure Zugang zu chemischen, biologischen oder radiologischen Mitteln erlangten.

Aber wir sehen auch, wie staatliche Akteure auf verdächtige Art und Weise nukleare Forschung betreiben.

Und zwar in Kombination mit Versuchen, ballistische Raketentechnologien zu entwickeln und Reichweiten zu steigern.

Dies untergräbt die Wirksamkeit und Zuverlässigkeit internationaler Abkommen und führt zu regionaler und globaler Instabilität.

Das zwingt uns, Vorsorge zu unserem Schutz zu treffen.

Daneben haben wir es weiterhin mit ungelösten Regionalkonflikten und Staatsversagen zu tun.

Deren Begleiterscheinungen – Flucht, Vertreibung, illegale Migration, organisierte Kriminalität, Drogenökonomie, Menschenhandel – treffen auch uns direkt oder indirekt.

Zugleich ist die Verletzbarkeit unserer Infrastruktur und unserer Gesellschaften im Zuge der Globalisierung gestiegen.

Mit Blick auf den internationalen Handel, Investitionen, Reisen, Kommunikationsbeziehungen und Wissen sind die wechselseitigen Abhängigkeiten größer geworden.

Störungen oder Unterbrechungen im globalen Beziehungsgeflecht haben schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft, den Wohlstand und die soziale Stabilität unserer Gesellschaften.

Deutschland als Exporteur von Gütern und Dienstleistungen und als Importeur von Energie, Rohstoffen und Materialien, ist auf sichere Transportwege und Kommunikation angewiesen.

Flache Produktionslinien und just-in-time-Logistik vertragen keine Unterbrechung der Versorgungswege.

Energiesicherheit ist ein strategisches Thema geworden.

IV.

Das alles bedeutet: Sicherheitsrisiken dürfen nicht mehr allein oder vorwiegend unter militärischen Aspekten gesehen werden.

Eine klare Unterscheidung zwischen inneren und äußeren Sicherheitsaspekten ist nicht mehr möglich.

Strategien wie Eindämmung und Abschreckung, die erfolgreich in Szenarien des Kalten Krieges eingesetzt wurden, sind nicht länger adäquat, um mit den asymmetrischen Bedrohungen der Gegenwart und Zukunft fertig zu werden.

Die Konsequenz daraus ist, dass wir unsere Strategien und Instrumente den neuen Gegebenheiten anpassen müssen.

Das hat zunächst einmal eine geographische Dimension. Wir können uns nicht mehr wie in den 90er Jahren auf unsere eigene Region und die nächsten Nachbarn – „Europa und seine Peripherie“ – beschränken.

Stattdessen müssen wir überall und immer dann agieren können, wenn unsere vitalen Interessen essentiell berührt sind.

Wir müssen Risiken und Gefahren dort begegnen wo sie entstehen, um negative Auswirkungen auf unsere Länder abzuwehren.

Wir brauchen einige wenige politische Prinzipien als Richtlinien, um in Regierung und Parlament Einsatzentscheidungen zu treffen.

Ich nenne die folgenden:

Erstens: Einsätze müssen übereinstimmen mit den Werten, Zielen und Interessen unserer Sicherheitspolitik. Wir wollen die Freiheit, Demokratie und Wohlstand der Bürger unseres Landes schützen. Gleichzeitig möchten wir die Souveränität und Unversehrtheit des deutschen Staatsgebiets sicherstellen. Ebenso gilt es, die Menschenrechte zu fördern und die internationale Ordnung auf der Basis internationalen Rechts zu stärken.

Zweitens: Einsatzerwägungen müssen unsere eingegangenen internationalen Verpflichtungen berücksichtigen. Ich nenne hier insbesondere unsere zugesagten Beiträge zur NATO Response Force, zu den EU Battlegroups und die Stand-by-Arrangements der Vereinten Nationen.

Drittens: sollten drittens ein Mehr an Sicherheit schaffen, vom Konsens der internationalen Gemeinschaft getragen sein und von möglichst vielen Partnernationen und Organisationen unterstützt werden.

Viertens: Sie sollten den Prioritäten unter politischen, strategischen und regionalen Aspekten entsprechen.

Und fünftens sollten Einsätze nur auf der Grundlage eines überzeugenden zivil-militärischen Gesamtkonzepts, das Aussicht auf Erfolg hat, beschlossen werden.

Diese Prinzipien dürfen nicht als politische Check-Liste missverstanden werden, und es darf auch keinen Automatismus bei Einsatzentscheidungen geben.

Denn jeder Fall liegt anders.

Aber dies sind geeignete Orientierungspunkte für die notwendigen strategischen Überlegungen in Zusammenhang mit militärischen Einsätzen.

V.

Bis heute waren über 250.000 Mitglieder der deutschen Streitkräfte in Krisenregionen an unterschiedlichsten Orten der Welt eingesetzt.

Nach ersten Auslandseinsätzen in Kambodscha und Somalia waren und sind wir in Bosnien und Herzegowina. Wir haben an den Lufteinsätzen gegen die Republik Jugoslawien teilgenommen, Mazedonien stabilisiert und beteiligen uns als einer der Haupttruppensteller an dem KFOR-Einsatz im Kosovo.

Nach dem 11. September haben wir an den Operationen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus teilgenommen.

In Afghanistan haben wir Verantwortung für den nördlichen Teil des Landes übernommen.

In Afrika haben wir als einer der Haupttruppensteller zur EU-Operation EUFOR RD Congo beigetragen. Der letzte Einsatz in dieser langen Reihe war UNIFIL im

Libanon. Gerade da wird deutlich, dass von uns mehr Verantwortung in Europa und in der Welt erwartet wird. Neben nimmt Deutschland seit Jahren an internationalen Beobachtermissionen und humanitären Hilfsmissionen teil.

Derzeit befinden sich fast 7.500 Soldatinnen und Soldaten in Einsätzen auf drei Kontinenten. Für uns ist wichtig, dass diese Operationen vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mandatiert sind und unter NATO, EU oder VN-Befehl laufen.

VI.

Damit komme ich zu dem äußeren Rahmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und den internationalen Organisationen, die für unsere Sicherheit maßgeblich sind – das Nordatlantische Bündnis, die Europäische Union und die Vereinten Nationen.

Die transatlantische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten ist der Eckfeiler unserer Sicherheitsarchitektur – sowohl auf bilateraler Ebene als auch im Bündnis.

Den stärksten Anker der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und das Fundament der kollektiven Verteidigung bildet unverändert die Nordatlantische Allianz.

Sie ist das transatlantische Konsultationsforum in Sicherheitsfragen, und sie ist die natürliche Wahl für Einsätze unter Beteiligung nordamerikanischer und europäischer Verbündeter.

Die NATO ist der besonders geeignete Rahmen für komplexe und robuste militärische Einsätze.

Denn sie verfügt über ein einzigartiges militärisches Dispositiv, das ihre Mitgliedstaaten gemeinsam einbringen.

Sie besitzt erprobte politische Mechanismen und integrierte militärische Strukturen zur Entscheidungsfindung und Umsetzung.

Zudem ist es ein erklärtes Ziel der NATO, Stabilität nicht nur innerhalb Europas, sondern auch über die Grenzen Europas hinaus zu verbreiten.

Zum Kern des Stabilitätsraums Europa und zur weiteren tragenden Säule der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist die Europäische Union geworden.

Wir sind davon überzeugt: den nationalen Interessen Deutschlands ist am besten mit einer starken und aktiven EU gedient.

In den letzten Jahren hat die EU bei dem Aufbau ihrer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, einschließlich der militärischen Dimension, große Fortschritte gemacht.

Die Schaffung einsatzfähiger EU Battle Group war ein wichtiger Schritt hin zur Stärkung der Fähigkeiten der EU auf dem Gebiet des schnellen militärischen Eingreifens.

Zudem hat sie ihre Kapazitäten für das zivile Krisenmanagement entschieden gestärkt.

Die Fähigkeit der EU für ziviles und militärisches Krisenmanagement zu fördern war auch ein erklärtes Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft.

Bereits jetzt verfügt die EU über ein breites Spektrum an Fähigkeiten, die sie zur idealen Wahl für solche Missionen werden lassen, die die Anwendung von zivilen wie auch militärischen Mitteln erfordern.

Lassen sie mich in diesem Zusammenhang hervorheben: uns ist wichtig, dass NATO und EU nicht in einem Konkurrenzverhältnis zueinander stehen.

Sie sollen sich vielmehr pragmatisch und komplementär ergänzen, um ihre jeweiligen Fähigkeiten und Kapazitäten wirksam zum tragen zu bringen.

Eine starke EU ist die beste Unterstützung für eine starke Allianz und umgekehrt.

Aus diesem Grund drängen wir auf eine wirkliche strategische Partnerschaft und enge Zusammenarbeit zwischen NATO und EU – sowohl auf der institutionellen Ebene in Brüssel wie auch in dem Einsatzgebieten.

Die Vereinten Nationen sind die einzige, wirklich globale Organisation.

Ihre Charta bildet den rechtlichen Rahmen für die Beziehungen unter den Staaten dieser Welt.

Der Sicherheitsrat trägt die Hauptverantwortung beim Schutz und Erhalt des Weltfriedens.

Deutschland unterstützt die VN indem sie für unterschiedlichste Missionen Truppen stellt, Polizeikräfte, zivile Spezialisten und indem wir einen bedeutenden finanziellen Beitrag leisten, damit die VN ihre Aufgaben erfüllen kann.

VII.

Deutschland ist wie viele andere europäische Nationen Mitglied in allen drei Organisationen – und dabei größter Beitragszahler in der EU, zweitgrößter in der NATO und drittgrößter bei den Vereinten Nationen.

Wir wollen, das unsere eingebrachten Ressourcen wirksam eingesetzt und effizient genutzt werden.

Deswegen liegt uns ein Thema besonders am Herzen: der umfassende, vernetzte Ansatz.

Wir sind durch die Lehren der Einsätze zu der Überzeugung gelangt, dass Sicherheit und Entwicklung Hand in Hand gehen müssen.

Militärische Sicherheit, Stabilität, Wiederaufbau, Entwicklung und der Aufbau von guter Regierungsführung müssen gleichzeitig laufen, nicht in Abständen nacheinander.

Denn sie bedingen sich gegenseitig.

Man kann dies auf die einfache Formel herunterbrechen: Ohne Sicherheit keine Entwicklung und ohne Entwicklung keine Sicherheit.

Krisenmanagement umfasst heutzutage eine große Bandbreite an Themen und diese wiederum bedürfen einer großen Bandbreite an Akteuren: militärische, zivile Kräfte; humanitäre Organisationen und Entwicklungsagenturen. Und diese müssen alle miteinander arbeiten.

Zur Zeit bedarf es in verschiedenen Bereichen einer besseren Koordinierung.

Ziel ist es, eine koordinierte Strategie zu entwickeln, die systematisch die beteiligten Akteure in alle Phasen einer Mission einbezieht – von der allgemein Vorbereitung bis hin zu einer gemeinsamen Ausführung.

Auf nationaler Ebene bedeutet dies, dass alle Ministerien und Teile der Regierung eng nach einer gemeinsamen Strategie zusammenarbeiten müssen.

Auf internationaler Ebene brauchen wir den Vernetzten Ansatz, damit er effektiv die Fähigkeiten nicht nur einzelner staatlicher Akteure, sondern auch von Organisationen vereint. Wir wollen, dass auch hier die einzelnen Akteure entlang einer gemeinsamen politischen Strategie agieren.

Dieses Konzept ist sicherlich sehr anspruchsvoll. Aber ich bin ich fest davon überzeugt, dass im Vernetzen Ansatz der Schlüssel zum Erfolg für effektives Krisenmanagement und Konfliktverhütung liegt.

VIII.

In diesem umfassenden Konzept vernetzter Sicherheit hat die Bundeswehr einen hohen Stellenwert.

Zum einen ist ihre Rolle direkt im Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes (Art 87a) verankert, und ihre Schutzfunktion ist im ersten Artikel unseres Grundgesetzes festgelegt: „Die Würde des Menschen zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“.

Sie ist aber zugleich auch ein wichtiges, unverzichtbares Instrument im Rahmen gesamtstaatlicher Sicherheitsvorsorge nach außen und innen mit zivilen und militärischen Mitteln.

Dies gilt von der Bündnisverteidigung über Krisenbewältigung bis hin zum subsidiären Unterstützungseinsatz bei Katastrophen.

Eine leistungsfähige Bundeswehr ermöglicht uns darüber hinaus, Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf internationaler Ebene aktiv mitzugestalten.

IX.

Um angesichts des veränderten und sich weiter verändernden Sicherheitsumfelds über die notwendigen Kräfte und Fähigkeiten zu verfügen, hat sich Bundeswehr in den letzten beiden Jahrzehnten den größten Anpassungsprozess ihrer Geschichte

durchlaufen – bei zugleich steigender Belastung durch immer mehr Einsätze in immer größerer Entfernung zur Heimat.

Diese Transformation als permanenter Prozess der Anpassung zur Wahrung der Einsatzfähigkeit muss und wird weitergehen.

Wir sind auf dem weiten Weg von Streitkräften zur Abschreckung und Territorialen Verteidigung im eigenen Land hin zu durchhaltefähigen Streitkräften im Auslandseinsatz weit voran gekommen.

Auch bei der Entwicklung der nötigen Fähigkeiten – einschließlich strategischer Fähigkeiten im Bereich Führung, Aufklärung und Transport – auf gutem Wege.

Die Bundeswehr benötigt für die Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen ein angepasstes Fähigkeitsprofil.

Mit der Material- und Ausrüstungsplanung tragen wir diesem Fähigkeitsprofil Rechnung und stellen sicher, dass es stufenweise verbessert wird.

Oberste Priorität haben weiterhin die Maßnahmen zur Abwendung von Gefahr für Leben oder Gesundheit. Dazu gehört insbesondere der Schutz der Soldatinnen und Soldaten im Einsatz.

Entscheidend für die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr auch in der Zukunft ist aber auch die Innere Führung, und mit ihr Bildung, Ausbildung und Erziehung. Die Grundsätze der Inneren Führung bleiben derzeit und in Zukunft leitende Prinzipien der Bundeswehr – auch im Einsatz.

Die Bundeswehr ist heute leistungsstark, modern und hochmotiviert – nicht zuletzt wegen der allgemeinen Wehrpflicht.

Sie hat sich uneingeschränkt bewährt. Sie ist eine Klammer zwischen Bundeswehr und Gesellschaft, die erhalten bleiben muss. Und nicht zuletzt gewinnen wir aus unseren Wehrpflichtigen einen großen Teil unserer Zeit- und Berufssoldaten.

Konzeptionell sind wir für die Zukunft gut vorbereitet.

Was wir noch brauchen sind im wesentlichen zwei Punkte:

Zum einen ist eine angemessenere Finanzausstattung erforderlich, mit der wir sowohl den Anforderungen der Einsätze als auch der erforderlichen Modernisierung im Grundbetrieb und in der Ausbildung gerecht werden.

Zum anderen ist es notwendig, Sicherheitspolitik auf eine breitere gesellschaftliche Basis zu stellen und so ein größeres Verständnis für die hier aufgezeigten Zusammenhänge in Politik und Öffentlichkeit zu entwickeln.

Deutschland ist seit über einem halben Jahrhundert zutiefst geprägt vom Selbstverständnis als Zivilgesellschaft.

Aber mit Blick auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft reicht das vom Bundespräsidenten festgestellte „freundliche

Desinteresse“ gegenüber der eigenen Armee im Einsatz und der Sicherheitspolitik, der sie dienen, nicht mehr aus.

In diesen beiden Feldern vor allem besteht Handlungsbedarf.

X.

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen werden auch in Zukunft nicht kleiner oder weniger komplex sein. Deshalb müssen wir jetzt die Vernetzung in der praktischen Umsetzung weiter voranbringen.

Dabei steht auch die Wirtschaft in der Pflicht. Staatszerfall, Staatsversagen, regionalen Konflikte vorzubeugen und Stabilität in Krisenregionen wiederherzustellen liegt im gemeinsamen Interesse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Bundeswehr. Für die Bundeswehr ist dies ein „do ut des“ – wir als Sicherheitsdienstleister leisten etwas für unser Land; die Wirtschaft profitiert davon und braucht diese Sicherheit; aber wir brauchen auch die Unterstützung der Wirtschaft.

Der Celler Appell ist dazu das richtige Signal, denn er beweist das Interesse, das Verantwortungsbewusstsein und die aktive Unterstützung der Wirtschaft für die deutsche Sicherheitspolitik und die Bundeswehr. Er hat deswegen meine volle Unterstützung. Dafür danke ich Ihnen.

Quelle: Homepage des Bundesministeriums der Verteidigung

**Rede des Bundesministers der Verteidigung,
Dr. Franz Josef Jung,
anlässlich der Trauerfeier für die am 19. Juni 2008
in Bosnien-Herzegowina ums Leben gekommenen
Soldaten der Bundeswehr,
am 24. Juni 2008 in Zweibrücken**

Liebe Familien,

liebe Angehörige,

sehr verehrte Trauergemeinde,

meine Damen und Herren!

I.

Wir sind hier in der Alexanderskirche in Zweibrücken zusammen gekommen, um zu trauern und um Abschied zu nehmen. Abschied von zwei Kameraden, die am vergangenen Donnerstag auf tragische Weise aus dem Leben gerissen wurden.

Wir verneigen uns vor den Toten: Oberleutnant Tim Heinen und Oberfeldwebel Zoran Krakic.

Tim Heinen wurde am 13. August 1980 in Mechernich in Nordrhein-Westfalen geboren. Nach seinem Abitur trat er im Juli 2000 in die Bundeswehr ein und studierte

Bundesministerium der Verteidigung

Rede des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, anlässlich des Celler Trialogs unter dem Thema

"Sicherheit für Deutschland - Wirtschaft und Politik an der Seite der Bundeswehr" am 9. Juli 2009 in Celle

Es gilt das gesprochene Wort

Stand: 09.07.2009 14:23

Anrede!

Der Celler Trialog

Der Trialog zwischen Wirtschaft, Politik und Bundeswehr ist von zentraler Bedeutung für eine moderne, vernetzte deutsche Sicherheitspolitik.

Mit dem Celler Appell haben wir uns im letzten Jahr eine Verpflichtung auferlegt, an der wir uns messen lassen müssen - und an der wir uns messen lassen wollen. Der Trialog lebt von einer praktischen Umsetzung der Ideen, die wir gemeinsam auf den Treffen hier in Celle entwickeln.

Er lebt davon, dass wir alle - Wirtschaft, Politik und Bundeswehr - uns der Verantwortung für die deutsche Sicherheit, unserer Verantwortung für das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger und unserer Verantwortung für den Schutz unserer wohlbegründeten Interessen bewusst sind und das jeweils Notwendige und Mögliche unternehmen, um dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Ich formuliere es ganz deutlich: Die Bundeswehr braucht die Unterstützung der Politik, sie braucht die Unterstützung der Wirtschaft, um ihre Aufgaben im Sinne einer zukunftsgerichteten deutschen Sicherheitspolitik wahrnehmen zu können.

Ich möchte daher allen Anwesenden danken, dass Sie durch ihre engagierte Teilnahme am Celler Trialog die Bereitschaft signalisieren, sich dieser Verantwortung zu stellen.

Ein Jahr Celler Appell - Eine Bestandsaufnahme

Wir alle können an dem großen Zuspruch am Celler Trialog 2009 erkennen, dass die Kernforderung, die wir im Celler Appell formuliert haben, den Dialog zwischen Gesellschaft und Bundeswehr zu vertiefen, Früchte trägt.

Die Vertiefung der Kontakte und des Austausches waren aber nur eine der Forderungen des Celler Trialogs, bei dem wir gute Ergebnisse verzeichnen können.

Auch bei der Stärkung der Reservisten als einer personellen Klammer zwischen Wirtschaft und Politik einerseits und der Bundeswehr andererseits sowie bei der Verbesserung des Umgangs der Bundeswehr mit ihren Reservisten sind wir weitergekommen.

Um die Unterstützung der Wirtschaft für die Bundeswehr bei der Erfüllung ihrer Aufgaben möglich zu machen, kommt es ganz entscheidend auf die vielen Tausend ehemaligen Soldaten an, die aufgrund ihrer Fach- und Führungskompetenz in Schlüsselpositionen sind. Sie bilden ein Scharnier zwischen Bundeswehr und Gesellschaft und sind entscheidend für die Kommunikation unserer Sicherheitspolitik.

An dieser Stelle möchte ich einen Dank an die vielen Arbeitgeber einfügen, die es ihren Mitarbeitern ermöglichen, ihren Beitrag als Reservisten leisten zu können. Wir brauchen in der Bundeswehr unsere Reservisten, sie sind ebenso unverzichtbar wie unsere Grundwehrdienstleistenden und die Zeit- und Berufssoldaten.

Die Bundeswehr ist bemüht, den Reservisten etwas mitzugeben, das auch einen Gewinn für den Arbeitgeber darstellt. Das Führungsseminar von Wirtschaft und Bundeswehr beispielsweise, das Mitte September an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg stattfinden wird, ist ein direktes Ergebnis des Celler Dialogs vom letzten Jahr.

24 junge Nachwuchskräfte sollen teilnehmen, zu gleichen Teilen aus dem Generalstabslehrgang der Bundeswehr wie aus zivilen Unternehmen der Ebene Bereichsvorstand und Vorstand. In der 72-stündigen Übung soll Führungshandeln anhand einer Konfliktsituation trainiert werden.

Mit dieser Übung leistet die Bundeswehr einen wichtigen Beitrag, dem Auseinanderdriften der Entscheidungsebenen der Streitkräfte, der Wirtschaft und der Politik entgegen zu treten und das gegenseitige Verständnis zu fördern.

Zu einer Erfolgsgeschichte haben sich auch die so genannten "Dienstlichen Veranstaltungen zur Information" der Teilstreitkräfte entwickelt. Mit diesem Hochwertprogramm ist es Führungskräften aus Wirtschaft und Politik möglich, Männern wie Frauen so möchte ich betonen, einige Tage die Bundeswehr von Innen kennen zu lernen. Dies geschieht durch theoretischen Unterricht und Lehrvorführungen ebenso wie durch eine erlebnisorientierte Ausbildung.

Die Bundeswehr will mit Ihnen, den Vertretern von Politik und Wirtschaft, nicht nur auf abstrakter Ebene im Dialog bleiben. Wir wollen durch Informationsveranstaltungen, gemeinsame Übungen und die Tätigkeit als Reservist vielmehr eine feste und dauerhafte personelle Verklammerung gewährleisten, die das gegenseitige Verständnis ebenso fördert, wie sie Expertise für die Umsetzung einer modernen, vernetzten Sicherheitspolitik schafft.

Piraterie als sicherheitspolitische Herausforderung

Beim Celler Dialog im vergangenen Jahr haben wir sehr intensiv die Frage der Piraterie diskutiert. Seitdem ist viel passiert, was auch auf diese Diskussion zurückzuführen ist.

Grundlage bietet hier das Weißbuch von 2006. In ihm haben wir - um nur ein Beispiel zu nennen - die Bedeutung sicherer Transportwege für Deutschland betont. Etwa 90 Prozent des Ferngütertransportes weltweit wird über See abgewickelt und 20 Prozent des Warenverkehrs von und nach Deutschland werden über deutsche Seehäfen umgeschlagen. Deutschland gehört zudem zu den weltweit führenden Schifffahrtsnationen. Die deutsche Handelsflotte belegt nach Anzahl und Tragfähigkeit den dritten Platz weltweit.

Vor diesem Hintergrund ist die explosionsartige Zunahme der Piraterie am Horn von Afrika ein Problem der deutschen Sicherheitspolitik geworden. Dies haben wir gemeinsam im vergangenen Jahr betont.

Die Deutsche Marine beteiligt sich deswegen von Anfang an, seit Dezember 2008, an der EU Operation ATALANTA. Ihr Hauptauftrag ist der Schutz des Welternährungsprogrammes, das Nahrungsmittel nach Somalia bringt. Darüber hinaus werden aber auch andere Schiffe mit humanitären Hilfsgütern geschützt, Schiffe unter EU-Flagge, Schiffe teilnehmender Nationen und andere Fahrzeuge im Rahmen vorhandener Möglichkeiten.

Die deutsche Beteiligung dient also zum einen einem humanitären Zweck, sie dient aber auch ureigenen deutschen Interessen: der Sicherheit freier Seewege.

Doch der Einsatz der Deutschen Marine kann nur ein Teil der Lösung für das Problem der Piraterie sein.

Das Konzept der Vernetzten Sicherheit als tragfähige Strategie

Eine Lösung im Umgang mit der Pirateriebedrohung kann nur durch langfristig angelegte zivile Maßnahmen zum Aufbau einer funktionierenden Staatsgewalt in Somalia erfolgen.

Ähnlich verhält es sich auch mit anderen aktuellen Herausforderungen und Risiken für unsere Sicherheit wie dem internationalen Terrorismus und dem Staatsversagen und Staatsverfall in vielen Regionen der Welt:

Nur mit einem breiten Verständnis von Sicherheit kann es gelingen, das Problem ganzheitlich und nachhaltig anzupacken. Nur eine Strategie, die die unterschiedlichen zivilen und militärischen Instrumente miteinander koordiniert und in wechselseitiger Ergänzung einsetzt, wird langfristig Erfolg haben.

Das deutsche Konzept der Vernetzten Sicherheit ist hier ein besonders wirksamer Ansatz.

Erwartungen an die Wirtschaft

Umso wichtiger ist es, von Seiten der Wirtschaft eine eindeutige Stellungnahme zu unserem Konzept zu erhalten. Sind wir auch aus Ihrer Sicht auf dem richtigen Weg? Welches Verständnis hat die Wirtschaft von Vernetzter Sicherheit? Und: Wo sehen Sie Möglichkeiten, die Bundeswehr noch weiter zu unterstützen?

Hier sehe ich es als notwendig an, in der Diskussion zu bleiben, um unsere Erwartungen und Vorstellungen möglichst permanent abzugleichen. Gerade eine Veranstaltung wie der Cellar Dialog ist dafür ein geeignetes Forum.

Bei einem offenen Austausch kommt es auch darauf an, kontroverse Punkte zu diskutieren. Ich denke als ein Beispiel an den Umgang mit Russland.

Wirtschaftlich ist Russland ein Partner, der vielfache lukrative Möglichkeiten bietet. Für viele Vertreter der Wirtschaft ist daher ein politisches Verhältnis zu Russland möglichst ohne Differenzen erstrebenswert.

Sicherheitspolitisch bin auch ich für einen fairen Umgang mit Russland, aber dabei müssen wir realistisch bleiben und das Land differenziert betrachten. Russland verfolgt eine eigene Agenda und hat in der Vergangenheit mehrmals Schritte unternommen, die nicht immer der Stabilität dienlich waren oder den Interessen der NATO entsprachen.

Es gilt für uns wie für die EU und das nordatlantische Bündnis, die richtige Balance zu finden zwischen Partnerschaft und kritischem Dialog. Russland ist ein sicherheitspolitischer Partner, ohne den Sicherheit in Europa nicht möglich ist. Aktuelle sicherheitspolitische Krisen wie Afghanistan, Iran und Nordkorea sind nur in Kooperation mit Russland zu lösen. Doch Russland darf kein Mitspracherecht bei Entscheidungen der NATO erhalten oder aber aktiv zur Destabilisierung in einigen Weltregionen beitragen.

Falls es hierzu divergierende Sichten zwischen Wirtschaft, Politik und Bundeswehr gibt, sollten wir darüber sprechen.

Gerade auch die Wirtschaft ist für einen langfristigen Erfolg des Konzepts der Vernetzten Sicherheit unerlässlich. Eine dauerhaft positive Entwicklung in einem Land wie Afghanistan ist nur möglich, wenn investiert wird und Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Bundeswehr schafft einen sicheren

Rahmen für diesen Kern des Wiederaufbaus. Aber Andere müssen hier engagierter mitwirken, um das übergeordnete Ziel zu erreichen.

Und letztendlich wünsche ich mir auch aus dem Kreise der Wirtschaft Worte der Anerkennung für das Engagement unserer Soldatinnen und Soldaten. Sie sind in ihren Einsätzen, damit wir in Deutschland sicher leben, und damit auch sicher produzieren können.

Auch beim Wettbewerb um qualifizierten Nachwuchs, dem "Wettbewerb um die besten Köpfe", möchte ich aus Sicht der Bundeswehr die Erwartung an die Wirtschaft formulieren, diesen Wettbewerb fair zu gestalten. Wir müssen uns bemühen, Win-Win-Situationen bei der Nachwuchsgewinnung in Zeiten des demographischen Wandels zu schaffen.

Kooperation muss hier vor Konkurrenz stehen. Ich denke, gerade der Celler Dialog bietet Möglichkeiten, mit gemeinsamen Überlegungen Konzepte für die Zukunft zu entwickeln.

Selbsterwartung der Bundeswehr

Ich möchte aber nicht nur Erwartungen an die Wirtschaft richten, sondern auch die Bundeswehr selbst in die Pflicht nehmen.

Bisher fehlt der Bundeswehr noch ein effizientes Alumniprogramm für ihre Reservisten. Der Hauptgefreite der Reserve, der als Panzergrenadier ausgebildet wurde, jetzt aber ein brillanter Softwareingenieur ist, sollte bei Reserveübungen seiner Ausbildung und seiner zivil erworbenen Fähigkeiten wie auch seiner Führungskompetenz nach adäquat eingesetzt werden.

Hier steht die Bundeswehr seit Jahrzehnten vor einem sehr komplexen Problem. Ich möchte auf erste Pilotprojekte in Magdeburg und in Saarlouis hinweisen, bei denen ein "Reservistentracking" entwickelt wird.

Aus rechtlichen - Stichwort Datenschutz -und organisatorischen Gründen ist es nicht einfach, den zivilen Werdegang der Reservisten zu verfolgen. Hier werden wir die ersten Erfahrungen noch aufmerksam prüfen und tragfähige Zukunftskonzepte erstellen müssen.

Perspektiven des Celler Dialogs

Welche Impulse können vom diesjährigen Celler Dialog ausgehen? An erster Stelle steht sicher die Selbstverpflichtung aller Anwesenden, den Dialog fortzusetzen und zu vertiefen.

Wie wichtig der gemeinsame sicherheitspolitische Austausch ist, zeigt die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise. Lassen Sie mich Ihnen an einem Beispiel verdeutlichen, wie deutsche Sicherheitspolitik von der katalytischen Wirkung der Krise ganz praktisch betroffen sein kann:

Pakistan macht uns aus einer ganzen Reihe von Gründen Sorgen. Die Weltwirtschaftskrise hat nun zusätzlich hier stark negative Einflüsse entfaltet; so wirkt sie sich besonders schwerwiegend auf die pakistanische Textilindustrie aus. Diese war mit einem Anteil von 2/3 an allen Ausfuhren des Landes ein Motor seiner Exportindustrie. Gleichzeitig hat die Weltwirtschaftskrise zu einem Rückgang der ausländischen Investitionen in Pakistan um 50 Prozent geführt.

Diese Entwicklungen, verbunden mit den innenpolitischen Unruhen und der schon lange volkswirtschaftlich prekären Lage des Landes, zeichnen eine kritische Prognose der Entwicklung Pakistans. Die Auswirkungen auf die regionale Sicherheitsstruktur und auf das internationale Engagement, nicht zuletzt auch der Bundeswehr, in Afghanistan, wären schwerwiegend. Dem gilt es, mit der internationalen Staatenwelt in einem vernetzten Ansatz vorbeugend entgegen zu wirken. Auch Deutschland muss dazu seinen Beitrag leisten und tut dies auch. Investitionen der deutschen Wirtschaft sind auch hier ein wichtiger Beitrag zu mehr Sicherheit.

Wir werden vor dem Hintergrund schlechter Wirtschaftsnachrichten verstärkt vor die Herausforderung gestellt, finanzielle Ausgaben für Einsätze und Aufbauhilfen etwa in Afghanistan zu begründen, wenn gleichzeitig Arbeitsplätze in Deutschland gefährdet sind.

In Deutschland sind Politik, Wirtschaft und Industrie gerade in Zeiten des Wahlkampfes gefordert, sich gemeinsam für die nötige Nachhaltigkeit unseres internationalen Engagements einzusetzen. Sicherheit ist ein Gut, das es langfristig zu sichern gilt. Für die Sicherheit von morgen müssen wir uns schon heute engagieren; wir können dabei keine Auszeit nehmen.

Die Gesundung der Wirtschaft kann und darf nicht zu Lasten der Wahrung von Sicherheit gehen. Politik, Gesellschaft und Wirtschaft müssen einen breiten Fokus wie auch einen längeren Zeithorizont im Auge behalten, um die Entwicklung unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger in Frieden, Freiheit und Wohlstand zu sichern.

Persönliche Bilanz

Lassen Sie mich vor dem Hintergrund der Bilanz von nun bald vier Jahren Amtszeit als Verteidigungsminister deutlich machen, wie weit wir mit der deutschen Sicherheitspolitik vorangekommen sind: Mit dem Weißbuch von 2006 haben wir eine Standortbestimmung der deutschen Sicherheitspolitik vorgenommen und sie auf eine solide Grundlage gestellt. Darauf aufbauend haben wir die Vernetzung national und international vorangetrieben.

Wir haben dafür gesorgt, dass durch eine Vielzahl von Maßnahmen die Attraktivität der Bundeswehr als dem größten staatlichen Arbeitgeber Deutschlands verbessert wurde und unsere Soldatinnen und Soldaten die sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen erhalten haben, damit sie ihren fordernden und oft gefährlichen Dienst weiter so hervorragend verrichten können.

Eine moderne und erfolgreiche deutsche Sicherheitspolitik braucht die Unterstützung der Gesellschaft, sie braucht die Vernetzung mit Politik und Wirtschaft. Hier sind wir mit dem Cellar Dialog auf dem richtigen Weg!

Celler Trialog beenden – Für eine Welt ohne Krieg!

Vom 08. bis 10. Juli 2009 findet im niedersächsischen Celle das dritte Jahr in Folge der „Celler Trialog“ statt. Dieses „Diskussionsforum für Außen- und Sicherheitspolitik“ wird bereits als „nationales Pendant zur Sicherheitskonferenz“ (SiKo) in München gehandelt. Initiiert wurde das Treffen vom Aufsichtsratsvorsitzenden der Commerzbank, Klaus-Peter Müller, und dem Bundesministerium der Verteidigung, unterstützt durch die 1. Panzerdivision Hannover, welche den militärischen Partner des Trialogs repräsentiert. Genau wie die SiKo steht der Celler Trialog für Krieg, Ausbeutung, Aufrüstung und zunehmende Militarisierung der Gesellschaft.

Was ist der Celler Trialog?

„Als rohstoffarmes, exportorientiertes Land ist Deutschland auf Stabilität und Sicherheit angewiesen!“ (Celler Appell 2008). Im ersten Jahr 2007 wurden über 80 Teilnehmer_innen geladen, 2008 waren es bereits rund 120 einflussreiche Gäste aus Wirtschaft, Politik und Bundeswehr, die sich in der Celler Congress Union trafen.

Die Bedeutung des Treffens zeigt schon ein kurzer Einblick in die Rednerlisten von 2007 und 2008: Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung, Schirmherr Ministerpräsident Christian Wulff und den Initiatoren Klaus-Peter Müller und dem ehemaligen Kommandeur der 1. Panzerdivision, Generalmajor Wolf Langheld, über die Inspekture der Marine und des Heeres bis hin zum Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, und Medienvertretern wie u.a. dem als Moderator auftretenden Chefredakteur der Griephan-(global security)Redaktion, Heinz Schulte...Dies sind nur einige, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit unter dem Motto „Die Bundeswehr im Einsatz für unsere Sicherheit – Wirtschaft und Politik an der Seite der Bundeswehr“ das Ziel eines engeren Schulterschlusses vorantreiben.

Im Jahr 2009 werden zudem Innenminister Schäuble, der Vorsitzende der Münchener Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger und der General a.D. Klaus Naumann erwartet, der das aktuelle Strategie-Papier der NATO „Towards a Grand Strategy for an Uncertain World“ mit verfasst hat.

Klaus-Peter Müller spielt als Vorstandssprecher (2007) und Aufsichtsratsvorsitzender (2008) der Commerzbank, als Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, als Offizier der Reserve und Träger des Ehrenkreuzes der Bundeswehr in Gold „für vertiefte Begegnungen zwischen Führungskräften der Bundeswehr und der Wirtschaft“ hierbei eine maßgebliche Rolle. Der Celler Trialog ist der Höhepunkt seiner Bemühungen, deutsche Unternehmen enger an das Militär heranzuführen.

Beim Celler Trialog handelt es sich nicht nur um hohle Floskeln - es werden reale Absprachen getroffen und Maßnahmen ergriffen, die im so genannten „Celler Appell“ aus dem Jahr 2008 zusammen gefasst sind:

„1. Zur Vertiefung des Dialogs zwischen Bundeswehr und Gesellschaft sollen künftig einmal im Jahr auf einem nationalen Forum, im Rahmen des Celler Trialogs [...] weitere Schritte beschlossen werden. Damit wollen wir allen Entscheidungsträgern in Wirtschaft, Politik und Bundeswehr Impulse für die vertiefte sicherheitspolitische Diskussion geben.

2. Wir starten eine Initiative insbesondere zur Förderung der Reservisten in Industrie und Wirtschaft, zur Vertiefung der persönlichen Kontakte und zur Intensivierung der zivil-militärischen Zusammenarbeit. [...]

3. Darüber hinaus wollen wir aktiv darauf hinwirken, dass der sicherheitspolitische Dialog auch in Forschung und Lehre, insbesondere an unseren Hochschulen, gestärkt wird, z.B. durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren und durch einen dauerhaften, praxisorientierten und wissenschaftlichen Austausch zwischen Wirtschaft und Bundeswehr.“ (Celler Appell 2008)

Den hohen Gästen wird neben inhaltlicher Diskussion in der Congress Union Celle ein militärisches Rahmenprogramm geboten. Dazu gehörten in den letzten Jahren Konzerte mit militärischem Ritual (Sereade) vom Heeresmusikcorps 1 der Bundeswehr vor dem Celler Schloss und der Besuch des Truppenübungsplatzes Munster, wo einige hundert Soldat_innen der 1. Panzerdivision für die Herren vom Celler Trialog ein wohl beeindruckendes Aufstandsbekämpfungsszenario inszenierten. Am Rande eines zunächst friedlichen Dorfes mussten sie plötzlich von Feldjäger_innen in Riot Gear (Schutzkleidung) vor einer randalierenden Menge (als Aufständische verkleidete Soldat_innen) gerettet werden. Anschließend durften die hochkarätigen Gäste unter Aufsicht auch selbst einmal mit dem G36-Gewehr schießen.

Krieg nach Innen und Außen

Der Celler Trialog ist Teil einer fortschreitenden Militarisierung der Gesellschaft – und auch der zunehmend kriegerischen Außenpolitik. „Seit der Wiedervereinigung nimmt Deutschland eine gewachsene internationale Verantwortung wahr. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind Ausdruck dieser größeren internationalen Rolle als Beitrag Deutschlands zu Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt.“ (Celler Appell 2008)

Eine Armee, die heute weltweit interventionsfähig sein will, muss eine andere sein, als eine, die in den Krieg gegen den Warschauer Pakt ziehen wollte. Aus diesem Grund bauen NATO und EU seit Jahren schnell einsetzbare Eingreiftruppen („Quick Reaction Forces“ QRF) auf. Dem entsprechend wurde die Bundeswehr von einer formal auf Verteidigung ausgelegten Armee zu einer weltweit einsatzfähigen Interventionsarmee transformiert, sprich umgebaut.

Mitinitiatorin des ersten Celler Dialogs 2007 ist die 1. Panzerdivision Hannover, die laut ihrem Selbstverständnis die „Speerspitze des deutschen Heeres“ ist. Seit der Transformation der Bundeswehr ist sie „*vor allem für einen Einsatz hoher Intensität gegen einen vorwiegend militärisch organisierten Gegner optimiert.*“ Das heißt, sie führt Kampfeinsätze durch. Momentan sind 4.500 Soldat_innen der 1. Panzerdivision im Auslandseinsatz. Aber auch im Inland ist die 1. Panzerdivision an vorderster Front dabei: Beim G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm waren z.B. Fenek-Spähpanzer zur Überwachung von Demonstrant_innen im Einsatz.

Bundeswehreinätze im Innern gehören heute nicht mehr zur Ausnahme - gefordert wird z.B. seitens CDU/CSU in ihrem „*Gesamtkonzept Sicherheit*“ seit 2004 sogar eine Änderung des Artikels 35 Grundgesetz, also eine Ausweitung der Aufgabenfelder der Bundeswehr im Innern über „*Amtshilfe*“ hinaus hin zum so genannten „**Heimatschutz**“. Unter den Schlagwörtern „**Vernetzte Sicherheit**“ und „**zivil-militärische Zusammenarbeit**“ (ZMZ) werden seit 2007 u.a. flächendeckend „*Verbindungskommandos*“ aufgebaut, die in „*Krisensituationen*“ - in denen laut Klaus-Peter Müller z.B. die „*Funktionsfähigkeit des Finanzsystems*“ als bedroht gilt - die bestehende Gesellschaftsordnung und speziell so genannte „*kritische Infrastruktur*“ vor anbrechenden Katastrophen schützen sollen. Dieses „*neue und flächendeckende territoriale Netzwerk der Bundeswehr*“ besteht fast ausschließlich aus Reservisten, die als militärische Ansprechpartner in einem Büro der zugeordneten zivilen Behörde untergebracht sind - in den Rathäusern. Wenn es also „*im schlimmsten Fall [...] zu einem Run auf die Bankschalter und zum Zusammenbruch der gesamten Geld- und Währungsordnung*“ kommt, ist die Commerzbank laut Klaus-Peter Müller gut vorbereitet: „*Im Rahmen der militärisch-zivilen Zusammenarbeit ist einer unserer Mitarbeiter im Range eines Majors der Reserve, einer von drei Offizieren des Kreisverbindungskommandos Frankfurt, das bei Krisen die Unterstützung der Bundeswehr organisiert.*“

Der Begriff „*Sicherheit*“ löst inzwischen den der „*Verteidigung*“ ab und beinhaltet sowohl die Vermischung von Außen- und Innenpolitik als auch die Ausweitung dieser auf weltweit zu bekämpfende Bedrohungen. „**Vernetzte Sicherheit**“ zielt unter Einbeziehung aller gesellschaftlich relevanten Bereiche darauf ab, die Funktionsfähigkeit des Staates und die kapitalistische Wirtschaftsweise aufrecht zu erhalten, z.B. auch durch „*Sicherung*“ der Handelswege durch Piratenbekämpfung vor der Somalischen Küste.

Beim Celler Dialog werden geostrategische Ausbeutungs- sowie Machtinteressen des deutschen Kapitals konkretisiert. Die so genannte „*vernetzte Sicherheit*“ ist Klaus-Peter Müller zufolge für deutsche Unternehmen unverzichtbar: Die Wirtschaft der rohstoffarmen BRD sei importabhängig, sei angewiesen auf freie Märkte und vor allem auf uneingeschränkte Zugänge zu Rohstoffen und Energiereserven. „*Über die Hälfte der weltweit produzierten metallischen Rohstoffe [stammen] aus politisch instabilen Ländern*“, weshalb Unternehmen oft hohe Kosten zur Schadensabwehr investieren müssten – quasi als „*Versicherung gegen Terroranschläge*“.

Deutsche Unternehmen seien also nicht nur auf die Armee angewiesen, um die Zugänge zu Rohstoffen in aller Welt durchzusetzen und zu sichern; die Bundeswehr helfe mit der Umsetzung „*deutscher Interessen*“ wie z.B. auch der „*Terrorbekämpfung*“ am Hindukusch, die „*allgemeine Prämie für Unsicherheit in der Wirtschaft und an den Finanzmärkten*“ (Dr. August Hanning, früherer BND-Präsident) zu senken.

Celler Dialog beenden!

Jährlich protestieren Tausende gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München, während der Celler Dialog als nationales Gegenstück bisher weitgehend unbeachtet blieb. Damit ist jetzt Schluss! Das neu gegründete „*Bündnis gegen den Celler Dialog, Militarismus und Krieg*“ ruft in diesem Jahr zu vielfältigen Aktionen gegen den Celler Dialog auf. Die Herrschenden werden uns eine Welt ohne Krieg und Ausbeutung nicht schenken – wir müssen uns organisieren, uns einmischen und selber aktiv werden! Wir wollen gemeinsam und entschlossen dem Schulterchluss zwischen Wirtschaft, Politik und Militär den Kampf ansagen!

Wir werden Kriege und die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft nicht hinnehmen. Denn eins muss klar sein: Wer Kriege plant, der_dem lassen wir keinen Frieden!

Kriegstreiber_innen und Profiteur_innen angreifen!

Celler Dialog beenden!

Demo: Samstag, 04. Juli 2009

„Celler Dialog beenden – Für eine Welt ohne Krieg“

14° ° Heeseplatz Celle

cellerdialog.blogspot.de - cellerdialog@gmail.com

08.10. Juli: Celler Dialog stören! 09. Juli: Militärkonzert (Serenade) vorm Schloss vermiesen! 10. Juli: Podiumsdiskussion

Bündnis gegen den Celler Dialog, Militarismus und Krieg

Unterstützt durch: *AK Antimilitarismus libertäres Netzwerk Alerta! Hannover, Antimilitarismus Gruppe Celle [AMG], Attac Hannover, Antifaschistische Aktion Celle [AAC], Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen, Friedensbüro Hannover, Informationsstelle Militarisierung (IMI), Revista Celle, Rote Aktion Kornstraße (RAK), Solid. Hannover...*

Pressemitteilung vom 04.07.2009, Bündnis gegen den Celler Trialog, Militarismus und Krieg

Erfolgreiche Bündnisdemonstration „Celler Trialog beenden – Für eine Welt ohne Krieg“

Heute hat in Celle eine Demonstration unter dem Motto „Celler Trialog beenden – Für eine Welt ohne Krieg“ stattgefunden, an der rund 150 Personen teilnahmen.

Es beteiligte sich ein breites Spektrum von Friedensbewegungen über globalisierungskritische Initiativen bis hin zu Gruppen der radikalen Linken an dem Protest, viele Menschen reisten aus verschiedenen Städten Deutschlands an.

Wir freuen uns, dass so viele gekommen sind, um mit uns eine friedliche und erfolgreiche Demo durchzuführen – trotz der vorausgegangenen Kriminalisierung unseres Protestes durch den Celler Polizeichef Gerd Schomburg und trotz des heutigen massiven Polizeiaufgebotes. Selbst BFE-Einheiten waren im Einsatz – grundlos, wie wir finden.

Die Demo war ein vielversprechender Auftakt für die kommende Aktionswoche gegen den Celler Trialog und auch für den wachsenden Protest der nächsten Jahre.

Der Celler Trialog findet dieses Jahr von Mittwoch, den 08. bis Freitag, den 10. Juli das dritte Jahr in Folge statt. Die Bedeutung dieses selbsternannten „Diskussionsforums für Außen- und Sicherheitspolitik“ zeigt schon ein kurzer Einblick in die Rednerlisten¹ von 2007 und 2008: Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung, Schirmherr Ministerpräsident Christian Wulff, die Initiatoren Klaus-Peter Müller von der Commerzbank und der damalige Kommandeur der 1. Panzerdivision, Generalmajor Wolf Langheld sind nur einige, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit unter dem Motto „Wirtschaft und Politik an der Seite der Bundeswehr“ das Ziel eines engeren Schulterschlusses vorantreiben.

Dieses Jahr werden zudem Innenminister Schäuble, der Vorsitzende der Münchener Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, und der General a.D. Klaus Naumann erwartet, der das aktuelle Strategie-Papier der NATO „Towards a Grand Strategy for an Uncertain world“ mit verfasst hat. Der Celler Trialog gilt bereits als „nationales Pendant“ zur NATO-Sicherheitskonferenz in München.

Die nächste große Protestveranstaltung des Bündnisses gegen den Celler Trialog, Militarismus und Krieg ist für Donnerstag, den 09. Juli am Schloss geplant. Unsere Kundgebung beginnt um 18.30 Uhr, um die Ankunft der Teilnehmer_innen des Celler Trialogs in unserem Sinne begleiten, ab 21.30 Uhr werden wir lautstark die Militärerenade am Schloss vermiesen.

Außerdem organisiert das Bündnis in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Freitagabend, 10. Juli eine Podiumsveranstaltung. Verschiedene Positionen der antimilitaristischen Friedensbewegung werden vorgestellt und diskutiert. Auf dem Podium sitzen Referent_innen und Aktivist_innen von der Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI), von Bundeswehr wegtreten! Köln, von der Bundestagsfraktion DieLinke (angefragt) und Bombodrom (angefragt). Moderiert wird die Veranstaltung von ver.di-Ortsvorstand Paul Stern. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr in der Gemeinde der ev. Kirchengemeinde Neuenhäusen, Kirchstraße 49 in Celle.

Weitere Termine und mehr Informationen über den Celler Trialog finden Sie auf cellertrialog.blogspot.de. Für Interviews oder Nachfragen der Presse ist ein Pressetelefon freigeschaltet: 0151-51 41 3774.

Schriftlich erreichen Sie uns per e-Mail: cellertrialog@gmail.com

Bündnis gegen den Celler Trialog, Militarismus und Krieg

¹ Ausschließlich männliche Redner



